

Wirtschaftsmagazin

www.ihk.de/giessen-friedberg



KOMMUNALWAHL

Entscheidung vor der Haustür

SEITE 6

ENTGELTTRANSPARENZGESETZ

„Es kommt einiges
auf die Unternehmen zu“

SEITE 26

IHK-AUSBILDER-NETZWERK

Austausch statt Alleingang:
Gemeinsam besser ausbilden

SEITE 28

HÖHERE AUSGLEICHABGABE FÄLLIG

Durch Inklusion können
Unternehmen Kosten senken

SEITE 31

Ihr Medium für eine gezielte Ansprache

Erreichen Sie mit Ihrer Werbeanzeige oder Beilagenstreuung direkt die Entscheider der Wirtschaft: Inhaber, Geschäftsführer und leitende Angestellte aus Industrie und Bau, Handel und Verkehr, Dienstleistungen Gastronomie und Tourismus sowie Banken und Versicherungen.

Erscheinungstermin: Mittwoch, 1. April 2026

Weitere Formatgrößen und Preise finden Sie in unseren Mediadaten.

Änderungen der oben genannten Themen bleiben vorbehalten.



Kommunalwahl in Hessen: Ihre Stimme für starke Wirtschaftsstandorte

Kommunalpolitik entscheidet vor unserer Haustür – und damit über vieles, was Unternehmen täglich spüren: Wie schnell Genehmigungen erteilt werden. Ob Flächen für Gewerbe und Produktion verfügbar sind. Wie gut Verkehrswege, ÖPNV und digitale Netze funktionieren.

Auch Innenstädte, die Qualität beruflicher Bildung an den Berufsschulstandorten, Wohnraum für Fachkräfte sowie der Service einer modernen, digitalen Verwaltung werden lokal gestaltet. Planbare Kommunalfinanzen und eine wirtschaftsfreundliche Hebesatzpolitik schaffen zusätzlich Vertrauen und Spielräume für Zukunftsaufgaben. Kurz: Die Kommunalwahl stellt die Weichen für Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Arbeitsplätze in unseren Regionen.

Die hessischen IHKs setzen sich ein für verlässliche, planbare Rahmenbedingungen: zügige Verfahren, praktikable Standards, solide Kommunalfinanzen, leistungsfähige Infrastruktur – analog wie digital. Wo Verwaltung schnell, digital und serviceorientiert arbeitet, wo Kommunen Flächenentwicklung, Mobilität und Innenstadtstärkung vorausschauend angehen, entsteht Zukunft: für Betriebe, Beschäftigte und die Lebensqualität vor Ort.

Nutzen Sie deshalb am 15. März 2026 Ihr Wahlrecht. Informieren Sie sich über Inhalte, kommen Sie mit Kandidatinnen und Kandidaten ins Gespräch – und gehen Sie wählen. Ihre Stimme entscheidet mit über Tempo, Qualität und Attraktivität unserer Wirtschaftsstandorte in Hessen.



Frank Aletter,
Geschäftsführer,
Hessischer Industrie- und
Handelskammertag (HIHK)

Wirtschaftsmagazin

März 2026

THEMA DES MONATS

Kommunalwahl in Hessen

- 6** Von Bürokratie, Sparzwängen und Steuerfragen
- 10** Kommunale Entscheidungen stellen die Weichen für die Wirtschaft

WIRTSCHAFT TRIFFT POLITIK

- 12** Mercosur-Abkommen:
Die Inhalte auf einen Blick
Das Interimsabkommen steht, jetzt ist aber zunächst der Europäische Gerichtshof am Zug.
- 14** IHK kritisiert erneute Verzögerung beim EU-Mercosur-Abkommen
Die Ratifizierung rückt in weite Ferne.
- 15** Hessische IHKs begrüßen die Einigung der EU mit Indien
Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen sind abgeschlossen.
- 16** 54 Gesetzgebungsmaßnahmen unter Beobachtung
Die DIHK analysiert den Fortschritt des Beschleunigungspaktes.
- 18** Innovation soll in der EU einfacher und besser werden
Was bringt der für März 2026 geplante „European Innovation Act“?
- 20** Neues Eckpunktepapier für Wohnraum
Die Kommission „Innovation im Bau“ hat das zweite Baupaket zur Weiterentwicklung der Hessischen Bauordnung vorgelegt.
- 21** Bundesregierung und KfW starten Deutschlandfonds
Zentrale Anlaufstelle zur Mobilisierung privaten Kapitals für Investitionen und Beteiligungen

#MITTELPUNKT –
UNSERE VERANSTALTUNGEN

- 22** Seminare, Lehrgänge und Veranstaltungen der IHK Gießen-Friedberg

SERVICEKOMPASS

- 24** Treffpunkt der globalen Wirtschaft
Vom 8. bis 10. Juni 2026 findet die 4. Internationale B2B-Netzwerk-konferenz „The World meets in Giessen“ statt.



24

The World meets in Giessen:
Vom 8. bis 10. Juni 2026 wird Gießen zum vierten Mal zum Treffpunkt für Teilnehmer aus der ganzen Welt. Keynotes, Panels, KI-gestütztes Matchmaking, Pitches und Side-Events stehen auf dem Programm.



44

100 Jahre Auto-Häuser in Pohlheim: Wie das Familienunternehmen in vierter Generation Tradition bewahrt, Krisen meistert und mit Innovationsgeist die Zukunft der Mobilität gestaltet.

38

Staatsministerin Natalie Pawlik sprach im „Gastwerk Waldfrieden“ über Migration, Integration und Fachkräfte. Rund 40 Unternehmerinnen diskutierten Wege für bessere Sprachförderung und Anerkennung von Abschlüssen.

25 Eine digitale Karte mit vielen Vorteilen für Azubis

Mit der Azubi-Card Hessen erhalten junge Menschen Vergünstigungen.

26 Offenlegung von Gehältern: „Es kommt einiges auf die Unternehmen zu“

Interview mit Fachanwalt Patrick Loeke über die neuen Anforderungen aus dem Entgelttransparenzgesetz

28 Austausch statt Alleingang: Gemeinsam besser ausbilden

5 Fragen an ... Andreas Eiling, Leiter des IHK-Ausbilder-Netzwerks und Inhaber der Ausbilder-Akademie GmbH

30 Schwerbehinderung: Die Ausgleichsabgabe steigt

Die Fachberatung Inklusion der IHK Gießen-Friedberg informiert, welche Unternehmen betroffen sind.

31 Durch Inklusion können Unternehmen Kosten senken

3 Fragen an ... Samantha Fischer, Fachberaterin für Inklusion bei der IHK Gießen-Friedberg

NAMEN UND NACHRICHTEN

32 Neues Feedback-Format für Start-ups

Die Business Angels Mittelhessen haben einen Advisory-Council eingerichtet.

34 Die Auditierung „Vorbildlich mobil“ macht Arbeitgeber attraktiver

Der Wetteraukreis wurde dafür zertifiziert, dass er seine Mitarbeiter in nachhaltigem Mobilitätsverhalten unterstützt.

IM FOKUS

36 Treffpunkt der Innovationen: Digitalisierung und KI im Fokus

Interview mit IHK-Innovationsberater Janis Milde über die W3+ Fair

38 „Fast mehr Aufenthaltstitel als Nationen“

Bericht vom jüngsten Treffen des Arbeitskreises Unternehmerinnen

40 Aufmerksamkeit zu gewinnen

Bis Mitte Mai können sich Unternehmen um den Hessischen Gründerpreis bewerben.

42 Digitalisierung in Deutschland 2026

Die aktuelle DIHK-Digitalisierungsumfrage zeigt: Deutschlands Unternehmen sind digital besser aufgestellt, als viele denken.

IM PORTRÄT

44 Tradition bewahren, Fortschritt gestalten

Auto-Häuser in Pohlheim feiert in diesem Jahr sein 100-jähriges Bestehen.

IMPRESSUM

50 Autoren dieser Ausgabe

50 Vorschau

Wir bitten um freundliche Beachtung der Beilage:
Autohaus Krah + Enders GmbH & Co. KG,
 Raun 97-99, 63667 Nidda

KOMMUNALWAHL

Von Bürokratie, Sparzwängen und Steuerfragen

Vor der anstehenden Kommunalwahl in Hessen diskutierten die Kandidaten für Gießen auf Einladung der IHK Gießen-Friedberg bei einer Podiumsdiskussion engagiert und sachlich über Bürokratieabbau, Steuern und Zukunftsperspektiven für die Stadt – mit teils kontroversen Positionen.





Foto: Tobias Bunk/IHK GI-FB

▲ Auf dem Podium (v.l.): Günter Helmchen, Maurice Jelinski, Lutz Hiester, Dominic Eser, Darwin Walter, Alexander Wright und Dominik Erb

VON BARBARA CZERNEK

Die regionale Wirtschaft ist nicht nur von der großen Politik, sondern auch stark von den Kommunen und ihren Entscheidungen abhängig. Traditionell lädt die IHK Gießen-Friedberg daher Regionalpolitiker im Vorfeld von Kommunalwahlen zu Podiumsdiskussionen ein. Mit Blick auf die Wahlen am 15. März waren am 3. Februar Vertreter der Parteien der Gießener Stadtverordnetenversammlung in der IHK-Geschäftsstelle zusammengekommen. Der Fokus der Diskussionsrunde lag in den Bereichen Bürokratie, Steuern, Finanzen und Perspektiven für die Stadt Gießen. Die Debatte gestaltete sich zu einem Ringen um die zukünftige Entwicklung der Stadt, dargestellt aus den unterschiedlichen politischen Perspektiven.

Alle Parteien hatten ihre Spitzenkandidaten entsandt: Alexander Wright, Bürgermeister von Gießen (Die Grünen), Dominic Eser, CDU-Spitzenkandidat für die Stadt Gießen, Maurice Jelinski, Kreisvorsitzender



Foto: Barbara Czernek

▲ IHK-Präsident Rainer Schwarz fordert die Politiker dazu auf, die Gewerbesteuer-Hebesätze nicht zu erhöhen.

Die Linke Gießen, Lutz Hiester, Vorsitzender Gigg und Fraktionsvorsitzender Gigg/Volt Gießen, Dominik Erb, Stadtverbands- und Fraktionsvorsitzender Gießen sowie stellv. Kreisvorsitzender der FDP, Günter Helmchen, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler und deren Spitzenkandidat für die Stadt Gießen, sowie Darwin Walter (Die Partei). Christopher Nübel, Fraktionsvorsitzender der SPD in Gießen und deren Spitzenkandidat, sowie Jörn Bauer, Fraktionsvorsitzender der AfD im Landkreis Gießen und deren Spitzenkandidat, hatten es aus witterungsbedingten Gründen nicht in den IHK-Plenarsaal geschafft. Denn just an diesem Tag brach in Hessen der Winter ein, sodass es für die Besucher der Veranstaltung teilweise sehr ambitioniert bis unmöglich war, teilzunehmen. Und weil auch der Moderator im Schnee steckengeblieben war, übernahmen Elke Dietrich, Referentin für Recht und Steuern bei der IHK Gießen-Friedberg, und ihr Kollege Michael Römer von der IHK Frankfurt am Main spontan die



Foto: Tobias Bunk/IHK GI-FB

➤ Trotz Wintereinbruchs schafften es einige Zuhörer zur Veranstaltung und diskutierten engagiert mit.

Moderation. Auch IHK-Präsident Rainer Schwarz traf erst später ein, weshalb Robert Malzacher, Leiter des IHK-Geschäftsbereichs Recht und Steuern, die Begrüßung übernahm: Er erläuterte, dass man mit der Diskussionsrunde Orientierung für die Kommunalwahl geben und die Politiker zu zentralen wirtschaftspolitischen Themen hören wolle.

Bürokratie und Verpackungsteuer

Breiten Raum nahmen das Thema Bürokratie und die Frage ein, wie man sie verringern könne. Mit dem Thema Bürokratieabbau, dem sich die IHK verschrieben hat, stieg Moderatorin Elke Dietrich in die Diskussion ein. Einigkeit herrschte unter den Politikern darüber, dass es zu viel Bürokratie gebe. Es sei aber schwierig, diese abzubauen. Während Lutz Hiestermann (Gigg) auf die Digitalisierung setzen und Dominic Eser (CDU) zunächst einmal die Prozesse durchleuchten und optimieren möchte, verwies Bürgermeister Alexander Wright (Die Grünen) auf eine Umfrage, in der die Verwaltung überdurchschnittlich gut abgeschnitten habe. Allerdings sagte er auch, dass viele Vorgaben Prozesse in die Länge ziehen würden. Als Beispiel nannte er den Sanierungsstau an der Konrad-Adenauer-Brücke. Hier hätten sich die Arbeiten um ein ganzes Jahr verzögert, weil man aus naturschutzrechtlichen Gründen ein Jahr lang eine bestimmte Molchart habe zählen müssen. Dominik Erb (FDP) betonte, dass der größte Teil der Vorgaben aus Brüssel und Berlin käme. Er würde sich wünschen, dass es für Unternehmen jeweils einen



Foto: Barbara Czernek

➤ Gießens Bürgermeister Alexander Wright (Die Grünen) verteidigt die Ausgaben der Stadt und fordert eine bessere Kommunalfinanzierung.



Foto: Barbara Czernek

➤ IHK-Hauptgeschäftsführer Matthias Leder hält es für sinnvoll, Verpackungen einzusparen. Er fragt nach Maßnahmen jenseits einer Steuer nach.

Ansprechpartner gebe, der sich um ihre Anliegen kümmere. Seiner Erfahrung nach bekäme man auf die gleiche Frage oftmals unterschiedliche Antworten, je nachdem, welche Behörde gefragt werde. Er schlug vor, dass ein Antrag als genehmigt gelten solle, wenn nicht innerhalb einer gewissen Frist reagiert werde. Er forderte auch einen Mentalitätswandel: Unternehmen sollte nicht per se unterstellt werden, „böse Ziele zu verfolgen“. Eser merkte an, dass er sich die Prozesse zunächst einmal ansehen wolle, um sie anschließend zu optimieren und die in der Verwaltung arbeitenden Menschen zu entlasten. Er wünsche sich eine Verwaltung, die ihm sage, was gehe und was zu tun sei, damit Dinge, die noch nicht gingen, anschließend funktionierten.

Kommunale Steuern

Auch die verschiedenen Standpunkte zu den kommunalen Steuern, die von den Städten und Gemeinden selbst festgelegt werden, waren ein wichtiger Teil der Diskussion. In diesem Zusammenhang wurde in der jüngsten Vergangenheit das Thema Verpackungsteuer im Gießener Stadtparlament kontrovers besprochen. Wright, der das Thema im vergangenen Herbst selbst eingebracht hatte, stellte dazu nun fest, dass eine kommunale Verpackungsteuer schwer umzusetzen sei, und rückte von der Idee ab. Er präferiere mittlerweile eine bundesweite Lösung, wolle den Müll in der Umwelt aber weiter reduzieren und setze hierfür auf den verstärkten Einsatz von Mehrweg. Mit der CDU werde es eine solche Steuer nicht geben, betonte Eser, da

dies die Bürokratie weiter vorantreibe und zudem die einzelnen Produkte nur verteuere. Ein flächendeckendes Mehrwegsystem erachte er hingegen als sinnvoll. Die Abkehr von der kommunalen Verpackungsteuer begrüßte auch Erb von der FDP.

Innenstadtbelebung gefordert

Auf die Frage der Moderatorin Elke Dietrich, ob man weitere Steuern brauche, fielen die Antworten – je nach Parteilinie – unterschiedlich aus. Eser, Leiter eines Lohnsteuerberatungsbüros in Gießen, betonte, dass die Menschen und die Unternehmen genug Steuern zahlen würden. Er mahnte an, dass Gießen innerhalb der vergangenen fünf Jahre drei Mal im Schwarzbuch der Steuerzahler gestanden habe. „Wir müssen die Ausgabenseite im Auge behalten“, sagte er und forderte eine strengere Haushaltsdisziplin. Zugleich regte er in puncto Innenstadtbelebung an, dass im gesamten Innenstadtbereich das Parken in der ersten Stunde kostenfrei werden könne – als Anreiz, um die Stadt zu besuchen.

Erb wies auf das Defizit von 48 Millionen Euro im Stadthaushalt 2026 hin. Bis 2029 werde dieses auf 70 Millionen Euro steigen. Die Stadt steuere auf eine finanzielle Handlungsunfähigkeit zu, führte er aus. „Wir müssen lernen, mit dem Geld, das uns der Bürger zur Verfügung stellt, einigermaßen zu haushalten“, betonte er. „Steuererhöhungen in der jetzigen Situation wären Gift.“ Hierfür bekam er Applaus aus dem Publikum. Ähnliche Kritik übte Günter Helmchen von den Freien Wählern. „Wenn ein Unternehmer 10 Millionen Euro versenken würde, so wie es die Stadt Gießen getan hat, dann wäre er kein Unternehmer mehr.“ In den fünf Jahren, in denen er im Parlament sitze, habe er nicht ein einziges Mal gehört, wo man etwas einsparen könne.

Ausgaben: Priorisierung gefordert

Bürgermeister und Kämmerer Wright verteidigte die Ausgabenpolitik der Stadt Gießen und verwies auf vier ausgeglichene Haushalte Gießens in der Vergangenheit. Laut einer Erhebung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds würden die Kommunen 25 Prozent der staatlichen Aufgaben erledigen und erhielten dafür nur 14 Prozent Finanzmittel. „Wir brauchen



Dominik Erb von der FDP warnt vor Steuererhöhungen und fordert von der Stadtregierung Haushaltsdisziplin.



Neu für die Gießener Stadtverordnetenversammlung kandidiert Dominic Eser von der CDU. Er spricht sich gegen die Verpackungsteuer aus.



Ebenfalls neu in die Stadtverordnetenversammlung möchte Maurice Jelinski (Die Linke). Er regt die Besteuerung von unbebauten Grundstücken, die Grundsteuer C, an.

eine ordentliche finanzielle Ausstattung“, forderte Wright. In diesem Zusammenhang verteidigte er die leichte Anhebung der Grundsteuer B, da man der Empfehlung der hessischen Landesregierung gefolgt sei, die sich jedoch verrechnet habe, sodass dem Haushalt 1,5 Millionen Euro daraus fehlen würden. Er betonte den Umgestaltungsprozess in der Innenstadt zu einem multifunktionalen Raum und verteidigte die Ausgaben für die Kita im Seltersweg. Erb verwies in diesem Zusammenhang auf die gesetzlichen Vorgaben des Haushaltssicherungsgesetzes und kam zu dem Schluss, dass die aktuelle Stadtregierung eine falsche Priorisierung vornehme, indem sie Geld unter anderem für einen Kulturgewerbefhof und für eine Machbarkeitsstudie für eine Regiotram bereitstelle. Darwin Walter (Die Partei) wiederum warnte vor einem Sterben der lokalen Kulturszene, die auch ein Wirtschaftsfaktor sei.

Fehlende Gewerbeflächen in Gießen

Der Kreisvorsitzende der Linken, Maurice Jelinski, brachte das Thema der Grundsteuer C, der Besteuerung von unbebauten Grundstücken, in die Diskussion ein. Aus Sicht von Wright ist dies ein mögliches Steuerungsinstrument, um Flächen zu entwickeln. Konkretes kündigte er nicht an; man wolle sich die Option offenhalten. Dies führte zu der Frage, wie sich der Standort Gießen mit Blick auf Gewerbeflächen weiterentwickeln soll. Denn laut Jahresbericht der Wirtschaftsförderung für 2025 erfolgte im vergangenen Jahr keine einzige Neuansiedlung, trotz 87 Anfragen. „Wir müssen schauen, dass wir den Standort Gießen wieder richtig attraktiv machen“, betonte Eser. „Eine Erfolgsquote von null Prozent darf uns nicht genügen. Unser Ziel müssen mehr Gewerbesteuerzahler sein.“ Er werde sich auch für eine Gewerbesteuer mit stabilen Hebesätzen einsetzen.

IHK-Präsident Rainer Schwarz bedankte sich bei den Teilnehmern für die offene Diskussion. Im Hinblick auf die angespannte Finanzlage der Kommunen warnte er vor einer Anhebung der Gewerbesteuer-Hebesätze. Diese würden alle Unternehmen treffen und ihren Handlungsspielraum stark einschränken, wandte er sich abschließend an die Kommunalpolitiker. ■

Rainer Schwarz, Präsident
der IHK Gießen-Friedberg



IHK INTERVIEW



WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Kommunale Entscheidungen stellen die Weichen für die Wirtschaft

Die Kommunen tragen mit ihren Entscheidungen wesentlich zur wirtschaftlichen Zukunft der Region bei. IHK-Präsident Rainer Schwarz erklärt im Interview, welche Prioritäten bei Bildung, Infrastruktur, Steuerpolitik und Fachkräftesicherung entscheidend sind.

Herr Schwarz, am 15. März findet in Hessen die Kommunalwahl statt. Welche Bedeutung hat diese Wahl aus Sicht der regionalen Wirtschaft?

Die Kommunalwahl ist von enormer Bedeutung für unsere wirtschaftliche Entwicklung vor Ort. Die Kommunen schaffen die Rahmenbedingungen, unter denen Unternehmen agieren – von der Infrastruktur über die Bildung bis hin zur Digitalisierung der Verwaltung. Gerade in einer herausfordernden Zeit mit globalen Unsicherheiten müssen die richtigen Weichen gestellt werden. Nur dann können unsere

Unternehmen erfolgreich sein, wachsen und Arbeitsplätze sichern. Die Kommunalpolitik hat hier einen sehr direkten Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region.

Welche Handlungsfelder sind für die Wirtschaft in Mittelhessen besonders wichtig?

Zentrale Themen sind Fachkräftesicherung, Bildung und Qualifizierung, der Ausbau moderner Infrastruktur, die Verringerung der Steuerlast, eine effiziente, digitale Verwaltung und Bürokratieabbau.

Welche Rolle spielen die Schulen und Berufsschulen?

Eine ganz entscheidende. Gerade die Verzahnung von allgemeinbildenden und beruflichen Bildungswegen ist das A und O. Die frühzeitige, praxisnahe Berufsorientierung gehört in die Schulen – und zwar stärker auch in die gymnasialen Zweige. Es ist wichtig, dass Unternehmen, Schulen und Eltern noch enger zusammenarbeiten. Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell – aber ihre Attraktivität hängt maßgeblich von der Qualität der Berufsschulen ab. Leider haben viele

Berufsschulen einen massiven Sanierungs- und Digitalisierungsbedarf. Beschulungsangebote müssen unbedingt wohnortnah und qualitativ hochwertig bleiben, damit der Fachkräftenachwuchs nicht verloren geht.

Was können die Kommunen konkret tun, um die Fachkräftesicherung zu unterstützen?

Wichtig ist ein enges Netzwerk zwischen den Akteuren. Kommunen können die Verbindung zwischen Schulen beziehungsweise Hochschulen und Betrieben gezielt fördern, damit der Austausch zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf der einen sowie Unternehmen auf der anderen Seite besser gelingt. Die IHK unterstützt mit Formaten wie dem Karriere-Kick und Programmen wie „Passgenaue Besetzung“.

Wie steht es um die Integration von Migranten und internationalen Fachkräften?

Hessen ist vielfältig, unsere Unternehmen profitieren von internationalen Talenten. Migranten sollten noch besser in Ausbildung und Beschäftigung integriert werden. Nötig sind verstärkte frühzeitige Qualifikationsfeststellungen sowie Integrations- und Sprachkurse. Wir setzen auf eine Willkommenskultur und direkte Unterstützung über unsere Willkommenslotsin und Fachkräfteberater.

Welche steuerpolitischen Forderungen richten Sie an die Kommunen?

Maßvolle Steuern sind ausschlaggebend. Neue kommunale Steuern wie eine Verpackungsteuer sehen wir kritisch – sie erhöhen Bürokratie und Kosten. Kommunen sollten ihre Finanzprobleme durch kluge Ausgabenpolitik lösen, nicht durch immer neue Steuern. Eine moderne, effiziente Verwaltung und Investitionen in standortstärkende Infrastruktur bringen uns wirklich weiter.

Was ist darüber hinaus von Bedeutung in der Steuerpolitik?

Die Aufgaben der Kommunen müssen von Land und Bund auskömmlich finanziert werden. Das Ziel muss sein, die Steuerbelastung wieder zu senken – insbesondere die Gewerbesteuer. Mittelfristig schlagen wir einen Systemwechsel vor: nämlich die stark schwankende Gewerbesteuer durch



Effiziente, interkommunal geplante Gewerbegebiete schaffen attraktive Standorte, die gemeinsam vermarktet und entwickelt werden.“

Rainer Schwarz, Präsident der IHK Gießen-Friedberg

eine gewinnabhängige Kommunalsteuer zu ersetzen, abgeleitet aus Einkommen- und Körperschaftsteuer, mit kommunalen Hebesätzen. Das wäre bürokratieärmer, planbarer und gerechter.

Wie bringen sich die IHKs und insbesondere die IHK Gießen-Friedberg ein?

Wir setzen uns für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und eine gerechte, planbare Steuerpolitik ein. Wir beraten Kommunen und Unternehmen und sind im Austausch mit politischen Verantwortungsträgern. Unsere Forderungen: keine Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer-Hebesätze; Senkung der Hebesätze, wenn es der Haushalt erlaubt; keine neuen kommunalen Steuern; strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips; Abbau bürokratischer Regelungen; effiziente Mittelverwendung.

In der wirtschaftspolitischen Debatte wird häufig die Infrastruktur erwähnt. Was erwarten Sie hier von der Kommunalpolitik?



Maßvolle Steuern sind ausschlaggebend. Das Ziel muss sein, die Steuerbelastung wieder zu senken, insbesondere die Gewerbesteuer.“

Grundlage einer florierenden Wirtschaft ist eine leistungsfähige Infrastruktur: der Ausbau von Straßen, Schienen, Radwegen und digitalen Netzen. Besonders im ländlichen Raum muss der Mobilfunk vorangetrieben werden, damit Unternehmen digital und wettbewerbsfähig bleiben. Zudem müssen Baustellen besser koordiniert und der Wirtschaft rechtzeitig bekannt gemacht werden, etwa über das IHK-Baustellen-Portal.

Wie können Innenstädte und Zentren attraktiver werden?

Die Innenstädte und Zentren sind für uns Identifikationsorte und Innovationsmotoren zugleich. Wir setzen uns für den Erhalt und die Entwicklung vitaler, digital vernetzter und erlebnisorientierter Stadtzentren ein. Dazu gehören das Leerstandsmanagement, innovative Handelskonzepte sowie die Förderung von Veranstaltungen. Synergieeffekte zwischen urbanem Wohnen, Arbeit und Tourismus sollten bewusster genutzt werden, um die Attraktivität weiter zu steigern. Und: Politische Unterstützung für Sonntagsöffnungen kann gerade dem Handel wichtige zusätzliche Impulse geben.

Welche Rolle spielt die Kooperation der Kommunen, zum Beispiel bei Gewerbegebieten?

Interkommunale Zusammenarbeit ist essenziell. Effiziente, interkommunal geplante Gewerbegebiete schaffen attraktive Standorte, die gemeinsam vermarktet und entwickelt werden. Das gilt auch für die Abstimmung bei Wohn- und Sondergebieten, um Leerstände und Überangebote zu vermeiden. Größere, zusammenhängende Gewerbeflächen mit leistungsfähiger Breitband- und Energieinfrastruktur sind die Grundlage für Ansiedlungen. Positive Beispiele für gelungene Kooperationen sind das interkommunale Gewerbegebiet in Nidda-Harb und die Landesgartenschau 2027.

Herr Schwarz, vielen Dank für die Einblicke!

Gern – gemeinsam mit den Kommunen können wir unsere Region zukunftsfähig gestalten und die Wirtschaft stärken.

Die Fragen stellte Tobias Bunk. ■

FREIHANDEL

Mercosur-Abkommen: Die Inhalte auf einen Blick

Aktuell sind 85 Prozent der europäischen Exporte in die Mercosur-Staaten noch mit Zöllen belegt. Jährlich verursachen diese rund vier Milliarden Euro Zusatzkosten. Mit dem Mercosur-Abkommen sollte sich das eigentlich grundlegend ändern. Doch das Abkommen wurde vom Europaparlament in die Warteschleife geschickt.

VON GABRIELE REINARTZ

„Mit dem Handelsabkommen zwischen den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und der EU könnte die aktuell größte Freihandelszone der Welt mit 700 Millionen Menschen entstehen“, sagt Tim Müller, stellvertretender Leiter des Geschäftsbereichs International bei der IHK Gießen-Friedberg. „Schon heute sind in der Region rund 12.500 deutsche Unternehmen aktiv; zwei Drittel davon sind kleine und mittlere Betriebe. Durch das Abkommen mit seinen Handels erleichterungen könnten laut EU-Kommission die jährlichen EU-Exporte um bis zu 39 Prozent steigen und in der Europäischen Union 440.000 Jobs entstehen.“ Alles in allem würden deutsche und euro-

päische Exportgüter im Mercosur-Markt wettbewerbsfähiger und Mercosur-Produkte für europäische Verbraucher erschwinglicher. So der Plan – wenn die Entscheidung des Europaparlaments nicht wäre, das Abkommen vom Europäischen Gerichtshof auf EU-Verträge-Tauglichkeit überprüfen zu lassen. Die Ratifizierung des Abkommens ist damit verschoben – gegebenenfalls um bis zu zwei Jahre. Eine vorläufige Anwendung der Verträge könnte jedoch möglich sein.

Vorteile für deutsche Unternehmen

Aus deutscher Sicht sprechen folgende Argumente für das Abkommen:

1. Deutsche Unternehmen erhalten einen besseren Zugang zu den Wachstumsmärkten mit einer Bevöl-

kerung von rund 260 Millionen Menschen. Bisher schotten Brasilien und Argentinien ihre Märkte weitgehend ab.

2. Die Mercosur-Länder sind demokratische Rechtsstaaten, die traditionell eng mit Europa verbunden sind. Viele deutsche Unternehmen sind mit Tochtergesellschaften vor Ort und in die lokale Industrie integriert.
3. Auch wenn der Fachkräftemangel in Südamerika ebenfalls eine Herausforderung ist, gelingt es vielen deutschen Unternehmen, die dort vor Ort sind, motivierte Arbeitskräfte intern aus- und weiterzubilden und langfristig für sich zu gewinnen.
4. Durch die Partnerschaft kann die EU die Dekarbonisierung weiter voran-

Wirtschaft der vier Gründungsländer

	Brasilien	Argentinien	Uruguay	Paraguay
Einwohner (in Millionen)	212,8 (2025)	47,0 (2024)	3,40 (2025)	7,0 (2025)
Wirtschaftswachstum pro Jahr	2,4 % (2025)	4,5 % (2025)	2,5 % (2025)	4,4 % (2025)
Inflationsrate	5,2 % (2025)	41,3 % (2025)	4,7 % (2025)	3,9 % (2025)
Deutsche Exporte	13.191 Mio. Euro (2024)	2.270 Mio. Euro (2024)	375 Mio. Euro (2024)	248 Mio. Euro (2024)
Deutsche Importe (ggü. Vorjahr)				
• Waren	9,0 % (2024)	9,7 % (2024)	1,4 % (2024)	-4,8 % (2024)
• Dienstleistungen	1,8 % (2024)	468,7 % (2023)	9,3 % (2024)	54,5 % (2024)

Quelle: Germany Trade & Invest

treiben. Denn die Länder in Südamerika sind nicht nur Vorreiter bei erneuerbaren Energien, sondern sie verfügen auch über kritische Rohstoffe.

Branchen, die vom Abkommen profitieren

- **Maschinenbau:** Maschinen und Anlagen sind das wichtigste EU-Exportgut in den Mercosur-Markt. Laut Eurostat machten sie 2024 21,5 Prozent der gesamten EU-Exporte in die Region aus. Damit sind die Europäer noch die wichtigsten Maschinenlieferanten, wenngleich China rasant aufholt.
- **Automotive:** Südamerika ist ein wichtiger Produktionsstandort für Autobauer und Kfz-Teile-Hersteller aus Europa. Viele deutsche Branchenunternehmen haben schon seit Jahrzehnten eigene Werke vor Ort wie beispielsweise Mercedes Benz, Volkswagen, Audi oder auch Suzuki.
- **Chemie:** Chemische Erzeugnisse sind das zweitwichtigste Exportgut der EU in die Mercosur-Staaten. 2024 machten sie laut Eurostat 14 Prozent der EU-Ausfuhren aus. Die Südamerikaner können mit eigenen Chemiewaren ihren Bedarf nicht decken. Getrieben wird die Nachfrage vom Agribusiness, von der verarbeitenden Industrie und der Bauwirtschaft.
- **Pharmazeutika:** Schon heute ist die EU der mit Abstand wichtigste Arzneimittelieferant der Mercosur-Staaten.
- **Ernährungswirtschaft:** Deutsche Hersteller von Lebensmitteln und Getränken profitieren durch den Abbau von Zöllen und der nicht-tarifären Handelshemmnisse. 2023 importierten die Mercosur-Staaten aus Deutschland Nahrungsmittel und Getränke im Wert von 238 Millionen US-Dollar. Rund 79 Prozent dieser Importe entfielen auf Brasilien, gefolgt von Argentinien (14 Prozent), Paraguay (4 Prozent) und Uruguay (3 Prozent). In Brasilien werden vor allem deutsches Bier und Schokolade

geschätzt. Nahezu die Hälfte des importierten Biers stammte 2024 aus Deutschland, während deutsche Schokolade 13 Prozent der Gesamtimporte ausmachte.

Insgesamt profitieren Verbraucher durch den Abbau von Zöllen, von potenziell niedrigeren Endpreisen und dem Zugang zu einem breiteren Sortiment an Produkten.

„Wie auch immer die Entscheidung am Ende ausgehen wird. Fakt ist, dass Europa verlässliche Handelspartner braucht. In geopolitisch instabilen Zeiten, wie wir sie zurzeit haben, sind sie umso notwendiger“, betont Müller. ■



Tim Müller
0641/7954-3505
tim.mueller@
giessen-friedberg.ihk.de



ANZEIGE



GIESSEN



**WIE MANAGT MAN
FORDERUNGEN ERFOLGREICH?**

**„DAS LÖSEN WIR FÜR SIE
GANZ INDIVIDUELL.“**

Schema F ist nie effektiv im Inkasso. Darum bringen wir das Beste für Ihr Unternehmen zusammen. So wird jede Lösung individuell – und maximal erfolgreich.

Inkasso geht am besten gemeinsam.



Creditreform Gießen
0641 9 52 62-0
info@giessen.creditreform.de
creditreform.de/giessen/inkasso

FREIHANDEL

HIHK kritisiert erneute Verzögerung beim EU-Mercosur-Abkommen

Das Freihandelsabkommen der EU mit den Mercosur-Staaten liegt vorerst auf Eis. Denn das Europaparlament hat beschlossen, dass der Europäische Gerichtshof prüfen soll, ob das Abkommen grundsätzlich mit den EU-Verträgen vereinbar ist. Die Ratifizierung könnte sich damit um bis zu zwei Jahre verzögern.

AUS DEM HIHK

„Das EU-Mercosur-Abkommen steht für offene Märkte und kann unseren Unternehmen Zugang zu Absatzmärkten und Rohstoffen in einer dynamischen Region öffnen, die Europa historisch und kulturell eng verbunden ist. Dass das Abkommen, nachdem sich die Verhandlungen bereits 25 Jahre hingezogen hatten, nun ausgerechnet vom Europaparlament nochmal in eine möglicherweise mehrjährige Warteschleife geschickt wird, ist mehr als enttäuschend“, erklärt Kirsten Schoder-Steinmüller, Präsidentin des Hessischen Industrie- und Handelskammertages.

Dass die Ratifizierung des gesamten EU-Mercosur-Abkommens viel Zeit in Anspruch nehmen würde, war im Vorfeld klar. Deshalb wurde ein sogenanntes Interimshandelsabkommen ausgehan-

delt, dass schon durch eine qualifizierte Mehrheit im Rat und im Europäischen Parlament in Kraft gesetzt werden kann. Genau dieser Prozess wurde jüngst durch das Europäische Parlament gestoppt, das mit knapper Mehrheit beschlossen hat, den Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen, ob das Mercosur-Abkommen grundsätzlich mit den EU-Verträgen vereinbar ist.

Diese Entscheidung kann den freien Handel mit den vier Gründungsländern des Mercosur Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay in weite Ferne rücken. Das ist aus Sicht des HIHK mehr als bedauerlich, zumal die Region mit dem wirtschaftlichen Powerhouse Brasilien ein wichtiger Zielmarkt für hessische Unternehmen ist. Im Jahr 2025 exportierten hessische Unternehmen Waren im Wert von mehr als einer Milliarde Euro in die vier

Mercosur-Länder, davon entfielen drei Viertel auf Brasilien.

„Chance vergeben“

„Mit der jetzigen Entscheidung des EU-Parlament geht das Momentum, das von der Zustimmung im Rat und der Unterschrift beider Seiten unter das Abkommen in Asunción ausgeht, komplett verloren. Gerade in der jetzigen Zeit zunehmender protektionistischer Tendenzen geht von dieser Entscheidung eine fatale Signalwirkung aus. Die EU vergibt kurz vor der Zielinie die Chance auf Schaffung der größten Freihandelszone der Welt und verspielt Vertrauen bei den Partnern in Südamerika und in der Welt. Die Bundesregierung muss sich umso entschlossener für dieses und weitere Freihandelsabkommen, die aktuell verhandelt werden, einsetzen“, so Schoder-Steinmüller weiter. ■



TERMINANKÜNDIGUNG

The World meets in Giessen

8. - 10. Juni 2026

Kongresshalle Gießen

Lassen Sie sich für eine persönliche Einladung vormerken unter: www.ihk.de/giessen-friedberg/twmig

The World meets
in Giessen

CCI Giessen-Friedberg connects

Mitmachen.
Mitbewegen.
Mitgewinnen.

GI / VB
FB

AUSSENHANDEL

Hessische IHKs begrüßen die Einigung der EU mit Indien

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der indische Premierminister Narendra Modi haben am 27. Januar den Abschluss der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen bekanntgeben. Von den Vergünstigungen werden auch hessische Unternehmen profitieren.

AUS DEM IHK

Das Abkommen zwischen der EU und Indien, der zweit- und der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt, schafft eine Freihandelszone mit knapp zwei Milliarden Menschen. Darin werden die Zölle für 96,6 Prozent des Warenwertes der EU-Ausfuhren nach Indien abgeschafft oder schrittweise gesenkt.

Es bestehen gute Chancen, dass sich die Warenausfuhren nach Indien in den nächsten Jahren deutlich erhöhen, Schätzungen halten sogar eine Verdoppelung bis 2032 für realistisch. Derzeit handeln die EU und Indien bereits Waren und Dienstleistungen im Wert von über 180 Milliarden Euro pro Jahr.

Neben Zollvergünstigungen bietet die Vereinbarung auch einen privilegierten Zugang zum indischen Dienstleistungsmarkt und umfassenden Schutz geistigen Eigentums.

„Das Abkommen ist in Zeiten globaler Unsicherheiten ein wichtiges Zeichen für offene Märkte und regelbasierte internationale Zusammenarbeit“, betont Kirsten Schoder-Steinmüller, Präsidentin des Hessischen Industrie- und Handelskammertages (HIHK): „Mit dem Abbau von Handelshemmnissen werden wir auch die engen Beziehungen zwischen Hessen und Indien weiter intensivieren.“

Wichtiger Absatzmarkt

Hessen ist dabei in einer besonders guten Position, um in den nächsten Jahren von intensiveren bilateralen Handelsbeziehungen zu profitieren. Schon heute sind insbesondere Frankfurt und die Rhein-Main-Region ein Zentrum der indischen Busi-

Foto: Igor Link/HIHK



Das Abkommen mit Indien ist in Zeiten globaler Unsicherheiten ein wichtiges Zeichen für offene Märkte und regelbasierte internationale Zusammenarbeit.“

Kirsten Schoder-Steinmüller, Präsidentin des Hessischen Industrie- und Handelskammertages (HIHK)

ness-Community in Deutschland. Im Jahr 2025 erreichten hessische Ausfuhren nach Indien einen Wert von rund 820 Millionen Euro. Unter den wichtigsten Exportmärkten Hessens in Asien liegt Indien damit auf Rang vier.

Das Indien-Geschäft hessischer Unternehmen dürfte in Zukunft insbesondere davon profitieren, dass indische Zölle auf wichtige Ausfuhrgüter Hessens wie Maschinen (bislang bis zu 44 Prozent), Chemikalien (bis zu 22 Prozent) und Arzneien (bis zu 11 Prozent) weitgehend abgeschafft werden.

Mit Blick auf die Verzögerungen beim Mercosur-Abkommen setzt die hessische Wirtschaft nun auf eine rasche Implementierung des EU-Indien-Abkommens. ■



Tim Müller
0641/7954-3505
tim.mueller@giessen-friedberg.ihk.de



ANZEIGE

Andre-Michels.de

STAHLHALLEN

Kompetenz + Ratio

02651. 96 200

54 Gesetzgebungsmaßnahmen unter Beobachtung

Bund und Länder haben 2023 den Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung – kurz: Beschleunigungspakt – beschlossen. Einzelne Maßnahmen müssen nun in zahlreiche Fachgesetze umgesetzt werden. Der DIHK-Beschleunigungsmonitor analysiert den Fortschritt.

AUS DER DIHK

Wachstum, Innovation und Veränderungsgeschwindigkeit werden in Deutschland durch oftmals als endlos empfundene Planungs- und Genehmigungsverfahren ausgebremst. Das gilt für die schnelle Transformation zu einer klimaneutralen Industrie ebenso wie für den flächendeckenden Breitbandausbau, für die Entwicklung attraktiver Städte und Gemeinden oder die Sanierung und den Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserwegen.

Die schleppenden Verfahren erschüttern bei Unternehmen das Vertrauen in einen funktionierenden Staat. Und sie schwächen die Betriebe, die gerade jetzt Rückenwind für Investitionen durch einen schnellen Staat mit beweglichen Behörden brauchen.



Tempo ist machbar

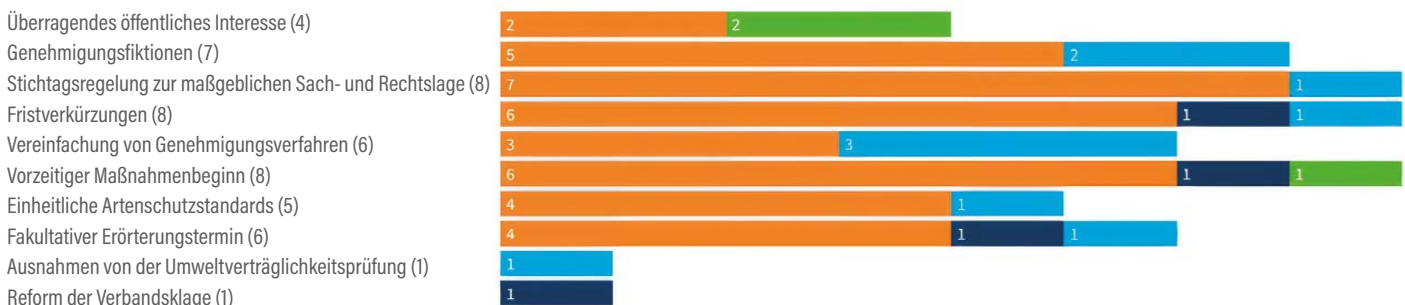
Dass es auch anders geht, hat die Politik in der Gaskrise bewiesen: Mit den LNG-Terminals und Ausnahmen für den Fuel-Switch hat sie den notwendigen Mut bewiesen, zentrale Blockaden und alte Muster zu durchbrechen. Am 6. November 2023 haben Bund und Länder diese Erfahrungen im sogenannten Beschleunigungspakt aufgegriffen und zahlreiche Maßnahmen beschlossen, mit denen sie das beschworene „Deutschland-Tempo“ erreichen wollen. Vereinbart wurden 150 Arbeitsaufträge für schnellere und einfachere Verfahren. Dazu gehören viele Gesetzesänderungen im Genehmigungs- und Planungsrecht ebenso wie Veränderungen bei der Verwaltung (beispielsweise Digitalisierung, Personal).

Am 18. Juni 2025 haben Bund und Länder beschlossen, den Beschleunigungspakt bis zur Hälfte der 21. Legislaturperiode vollständig umzusetzen. Mit der föderalen Modernisierungsagenda vom 4. Dezember 2025 wurden weitere, darüber hinausgehende Maßnahmen beschlossen.

Die Beschlüsse greifen viele zentrale Forderungen der IHK-Organisation auf. Ihre Umsetzung wäre ein großer Schritt hin zu schnelleren Zulassungsverfahren – von der einfachen Baugenehmigung bis zu komplexen Planfeststellungsverfahren. Damit der Pakt seine Wirkung auch erreicht, muss er jedoch vollständig in den zahlreichen Fachgesetzen des Planungs- und Genehmigungsrechts umgesetzt werden. Der DIHK-Beschleunigungsmonitor beobachtet den

Beschleunigungsmonitor, Einzelmaßnahmen, Stand Januar 2026

■ nicht begonnen ■ begonnen ■ teilweise umgesetzt ■ umgesetzt



Quelle: DIHK

Umsetzungsgrad der aus Sicht der Wirtschaft zehn wichtigsten gesetzlichen Maßnahmen, vom überragenden öffentlichen Interesse bis zur Einschränkung der auf-schiebenden Wirkung. Beurteilt wird dabei, ob die jeweilige Maßnahme in den für die Wirtschaft wichtigsten Fachgesetzen begonnen und in welchem Umfang sie umgesetzt wurden.

Umsetzung bleibt Stückwerk

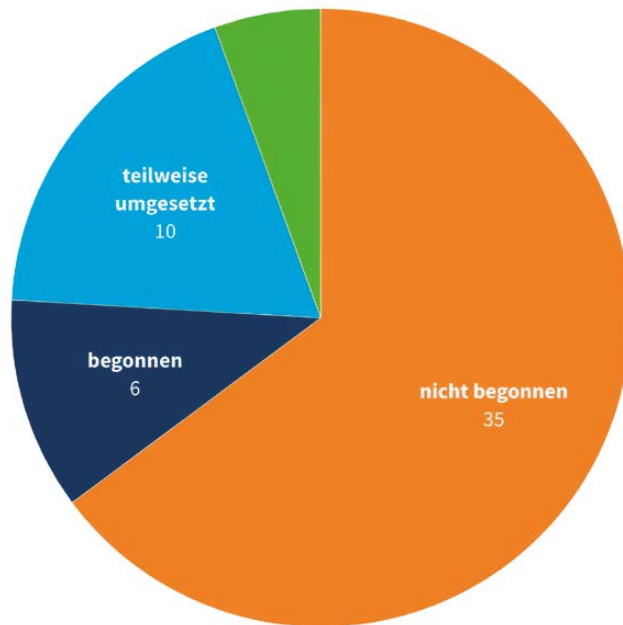
Mit der Novelle des Telekommunikationsgesetzes hat die neue Bundesregierung die Beschleunigungsgesetzgebung früh in Angriff genommen und das überragende öffentliche Interesse für den Breitbandausbau festgelegt. Ähnlich geht sie in ihren Entwürfen zum Wasserstoff- und Geothermiebeschleunigungsgesetz vor. Die vorherige Regierung hatte dieses Instrument mit Blick auf den Naturschutz noch erheblich eingeschränkt. In vielen Landesbauordnungen wurden zudem Genehmigungsfiktionen eingeführt oder Fristverkürzungen vorgenommen.

Im Dezember 2025 und Januar 2026 hat das Bundeskabinett weitere zentrale Beschleunigungsgesetze auf den Weg gebracht: Der Entwurf des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes sieht das überragende öffentliche Interesse für viele Verkehrsprojekte, die Vereinfachung der vorläufigen Anordnung oder die Erleichterung beim Arten- und Naturschutz vor. Mit der Änderung des Umweltrechtsbehelfsgesetzes plant die Bundesregierung die Präklusion verspäteter Einwendungen in Gerichtsverfahren, und im Bundes-Immissionsschutzgesetz will sie viele Genehmigungsverfahren vereinfachen.

Dennoch bleiben auch diese Gesetzesentwürfe Stückwerk: Das überragende öffentliche Interesse wird nur für einen Bruchteil der geplanten Autobahnprojekte festgelegt. Die Genehmigungsfiktion bleibt auf ausgewählte Verfahren beschränkt – etwa in den Bauordnungen, auf das Repowering von

Beschleunigungsmonitor, Stand Januar 2026, Vorhaben insgesamt: 54

- nicht begonnen (35)
- begonnen (6)
- teilweise umgesetzt (10)
- umgesetzt (3)



Quelle: DIHK

Zum DIHK-Beschleunigungsmonitor:



Windenergieanlagen oder den Breitbandausbau. Eine Stichtagsregelung zur maßgeblichen Sach- und Rechtslage ist bisher gar nicht vorgesehen. In Planfeststellungsverfahren fehlen verbindliche Fristen. Und bei der Öffentlichkeitsbeteiligung geht Deutschland bei vielen Genehmigungsverfahren über EU-Recht hinaus.

Statt eines großen Wurfs bleibt es beim bisherigen Klein-Klein: Von den insgesamt 54 notwendigen Gesetzesänderungen wurden erst drei vollständig und zehn weitere teilweise umgesetzt. Immerhin sechs weitere Maßnahmen hat das Bundeskabinett auf den Weg ins parlamentarische Verfahren gegeben. Mit dem Großteil der angekündigten Maßnahmen ist allerdings bisher nicht begonnen worden.

Bürokratieabbau aktiv mitgestalten

Erfahrungsberichte aus der Unternehmenspraxis sind entscheidend, um bürokratische Hürden abzubauen. Daher sammelt die IHK Gießen-Friedberg Erlebnisse mit Behörden und Verwaltungen – positive wie negative. Die Berichte dienen als Grundlage, um konkrete politische Forderungen zu formulieren oder bewährte Verfahren als Vorbild hervorzuheben.

Rückmeldungen können auf Wunsch auch anonym eingereicht werden.



EUROPEAN INNOVATION ACT

Innovation soll in der EU einfacher und besser werden

Damit die Unternehmen der EU ihre Innovationskraft auch in Markterfolge umsetzen können, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Der für März 2026 geplante „European Innovation Act“ soll den Weg ebnen – etwa über den Abbau von Bürokratie oder die öffentliche Beschaffung. Was dabei zu beachten ist.

VON LORENZ KRAMER

Europas Wirtschaft tut sich schwer, innovative Produkte so schnell und erfolgreich auf den Markt zu bringen wie die Konkurrenz aus den USA und Asien. Dabei mangelt es auch hier nicht an guten Ideen – im Gegenteil.

Die europäische Forschung zählt weltweit zur Spitze. Doch zu selten gelingt der Schritt von der vielversprechenden Innovation hin zum marktfähigen Produkt. Ein Grund dafür: Auch im europäischen Binnenmarkt gibt es viele Hürden. Unterschiedliche nationale Regeln, aufwendige Verfahren und fehlender Zugang zu Finanzierungen bremsen Unternehmen zu oft aus.

Hier setzt die EU-Kommission jetzt an: Sie will den Weg für Innovationen hin zu einer schnelleren Marktreife erleichtern – mit bürokratischen Entlastungen, verbesserten Finanzierungsmöglichkeiten und Anreizen für mutige Neuentwicklungen. Das alles steckt in einem Gesetzespaket, dem für März 2026 geplanten „European Innovation Act“.

Mehr Tempo und einfachere Prozesse

Mit dem neuen EU-Innovationsgesetz sollen sich die Rahmenbedingungen für Innovation im Binnenmarkt grundlegend verbessern. Die Europäische Kommission will insbesondere bestehende Regeln

innovationsfreundlich ausgestalten und unnötige Bürokratiehürden abbauen, zum Beispiel bei der Vermarktung von Forschungsergebnissen. Es soll somit einfacher werden, Forschung von der Theorie in die Praxis zu überführen und sie damit wirtschaftlich nutzbar zu machen. Außerdem ist geplant, fragmentierte nationale Ansätze stärker zusammenzuführen. Unternehmen müssten sich dann nicht mehr in jedem Land mit unterschiedlichen Regulierungen auseinandersetzen.



Start-ups und Scale-ups stärken – mit Augenmaß

Anknüpfend an die 2025 von der EU-Kommission vorgestellte Strategie für Start-ups und Scale-ups sind auch Erleichterungen speziell für solche Unternehmen geplant. Start-ups (Unternehmen in der Gründungs- und Startphase) sowie Scale-ups (fortgeschrittene Start-ups, die bereits wachsen) stehen meist vor typischen Herausforderungen, wenn es um Innovationsaktivitäten geht. Hierzu zählen etwa geringes Eigenkapital, hoher Finanzierungsbedarf sowie erschwelter Zugang zu Forschungs- und Technologieinfrastrukturen. EU-weit einheitliche Definitionen sollen dabei helfen, diese Herausforderungen gezielter anzugehen.

Einheitliche Begriffe könnten für internationale Vergleichbarkeit sorgen und den Zugang zu Förder-

instrumenten erleichtern. Entscheidend für die gesamte Wirtschaft ist dabei jedoch aus Sicht der DIHK, dass für Start-ups und Scale-ups keine Sonderregelungen gelten, die anderen Unternehmen grundsätzlich verwehrt bleiben. Denn Innovation ist laut DIHK ein wichtiges Thema der gesamten Wirtschaft. Erleichterungen für Innovationen sollten daher grundsätzlich allen Betrieben offenstehen. Deshalb warnt die DIHK vor Kategorien wie einer EU-Definition für „innovatives Unternehmen“, da sie zu neuen Abgrenzungen und mehr Bürokratie führen könnten.

Reallabore europäisch denken

Mit einem EU-weit einheitlichen Verständnis von Reallaboren soll es für Unternehmen einfacher werden, ihre innovativen Lösungen und Geschäftsmodelle zeitlich befristet zu testen – rechtssicher und unter realen Marktbedingungen. Für Unternehmen bedeutet das geringere rechtliche Risiken bei der Produktentwicklung, mehr Planungssicherheit und schnellere Lernkurven. Für die Wirtschaft ist eines dabei besonders wichtig: Grenzüberschreitende Reallabore in Europa schaffen vor allem dann einen Mehrwert, wenn Testergebnisse gegenseitig anerkannt und neue Kooperationen zwischen Start-ups, Industrie, Wissenschaft und Behörden einfacher ermöglicht werden.

Beschaffung als Markttöffner

Auch die öffentliche Beschaffung soll stärker zur gezielten Förderung von Innovationen genutzt werden. Wenn der Staat gezielt innovative Produkte einkauft, kann das Unternehmen dabei helfen, erste Referenzen zu gewinnen und neue Märkte zu erschließen. In der Praxis sollte eine Innovationsprüfung über ein zusätzliches Sondervergabesystem jedoch vermieden werden, da es für noch mehr Bürokratie sorgen würde. Stattdessen sollte die Prüfung sinnvoll in die laufende Reform der EU-Vergaberichtlinien eingebettet werden. Schlankere Verfahren, mehr Flexibilität bei Nachweisen und praxisnahe Leitfäden sind für Unternehmen hilfreicher als zusätzliche Sonderregeln.

Besserer Zugang zu Finanzierung und Infrastruktur

Diskutiert werden außerdem neue Ansätze für eine großvolumige Wachstumsfinanzierung. Zudem sollen geistige Eigentumsrechte stärker als Sicherheit für Finanzierungen von Innovationen nutzbar werden. Insbesondere für forschungsintensive Unternehmen mit starken Entwicklungen, aber wenig Eigenkapital ist das ein wichtiger Impuls.

Gleichzeitig fordern einige Unternehmen, dass öffentlich finanzierte IP-Rechte, also Schutzrechte am geistigen Eigentum, leichter genutzt werden können. Dadurch werde der Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft für Betriebe spürbar verbessert. Darüber hinaus sollte die Politik den Unternehmen die Nutzung von Forschungsinfrastruktur erleichtern – etwa durch mehr Transparenz, klarere beihilferechtliche Leitlinien und einen harmonisierten europäischen Zugangsrahmen.

Gelingen diese Reformen, profitieren insbesondere Unternehmen, die in neue Technologien und Geschäftsmodelle investieren wollen. So kann Europa seine Wettbewerbsfähigkeit stärken und den Weg für mehr Markterfolge „made in Europe“ ebnen. ■



LOOKING FOR
TALENT



RECRUITING-TRENDS 2026

KI-Suchmaschinen & Chatbots

Wie Sie 2026 sichtbar bleiben und Bewerbungen vereinfachen: Verstehen Sie, wie KI-gestützte Suche und Chatbots das Recruiting verändern. Lernen Sie, Stellenanzeigen und Karriereseiten gezielt anzupassen, die Sichtbarkeit zu erhöhen und einfache Dialogformate zu nutzen – für mehr Qualität und Bereitschaft bei Bewerbungen.



📍 Webinar
📅 24. März 2026
🕒 15:00 bis 16:30
💰 € 90 Euro



ihk.de/giessen-friedberg



BAUPAKET

Neues Eckpunktepapier für Wohnraum

Die Kommission „Innovation im Bau“ hat Ende Januar ein Eckpunktepapier für ein zweites Baupaket zur Weiterentwicklung der Hessischen Bauordnung an das Hessische Wirtschaftsministerium übergeben. Der Hessische Industrie- und Handelskammertag begrüßt das Papier. Jetzt sei die Politik gefragt.

AUS DEM HHHK

Der Hessische Industrie- und Handelskammertag (HHHK) begrüßt, dass die Kommission „Innovation im Bau“ ihre Arbeit fortsetzt und mit einem neuen Eckpunktepapier weitere Vorschläge über das Baupaket I hinaus vorgelegt hat. Aus Sicht der Wirtschaft ist klar: Bauen in Hessen muss schneller, preiswerter und unbürokratischer werden. Nun ist die Politik gefordert, die Vorschläge zügig aufzugreifen und zu präzisieren.

„Die Richtung stimmt. Entscheidend ist jetzt, die guten Ansatzpunkte der Kommission mutig in Gesetzes- und Verordnungstexte zu gießen – auch wenn es Widerstände gibt. Hessen braucht Tempo, weniger Bürokratie und spürbar niedrigere Kosten beim Bauen“, sagt Ulrich Caspar, Vizepräsident des HHHK. „Der HHHK hat

an der Kommissionsarbeit mitgewirkt und wird die weitere Ausarbeitung konstruktiv begleiten – mit dem klaren Ziel, schnelleren und beziehbaren Wohnraum im Interesse von Unternehmen, Beschäftigten und Auszubildenden zu ermöglichen.“



Vorschlag enthält Vereinfachungen und Entlastungen

Die neuen Eckpunkte enthalten aus Sicht des HHHK mehrere praxisnahe Hebel, um Verfahren zu entlasten und Kosten zu senken: erleichterter Dachausbau durch niedrigere Schallschutzauflagen, Erleichterungen für das Bauen mit Holz sowie praxistauglichere Lösungen für die Barrierefreiheit. Zugleich werden Brandschutzvorgaben gezielt vereinfacht, die Grundstücksbildung erleichtert sowie kommunale Satzungen stärker an die Musterbauordnung angelehnt und mit Befristungen regelmäßig überprüft. Der HHHK

erwartet einen deutlichen Deregulierungsimpuls durch die befristete Aussetzung der Technischen Bau Bestimmungen in Hessen.

Die Politik ist am Zug

„Die Kommission hat geliefert – jetzt sind das Wirtschaftsministerium sowie das Parlament am Zug“, so Caspar weiter. „Statt kleinteiliger Änderungen braucht es den großen Wurf: ein entschlossenes Baupaket II, das Regelungen entschlackt, Verfahren digital und verbindlich macht und Investitionen wieder möglich und attraktiv werden lässt. Damit sollte aber noch nicht Schluss sein, nach dem Baupaket II muss es auch ein Baupaket III geben. Es bleibt noch viel zu tun.“

Die hessischen IHKs werden die Beratungen weiterhin aktiv und konstruktiv unterstützen – mit dem Blick der Wirtschaft auf Baukosten, Fachkräftesicherung und beziehbaren Wohnraum in allen Preisklassen. ■

Foto: Igor Link/HHHK



Hessen braucht Tempo, weniger Bürokratie und spürbar niedrigere Kosten beim Bauen.“

Ulrich Caspar, Vizepräsident des HHHK



Christian Thiel
06031/609-2020
christian.thiel@
giessen-friedberg.ihk.de



INVESTITIONSPROGRAMM

Bundesregierung und KfW starten Deutschlandfonds

Mit dem Deutschlandfonds hat die Bundesregierung eine zentrale Anlaufstelle zur Mobilisierung privaten Kapitals für Investitionen und Beteiligungen ins Leben gerufen. Hier werden verschiedene bestehende und neue Förderprogramme gebündelt. Zielgruppe sind Industrie, Mittelstand, Start-ups und Energieversorger.

VON ALEXANDER DERN

Mit dem am 18. Dezember 2025 vorgestellten Deutschlandfonds verfolgen die Bundesregierung und die KfW das Ziel, mehr privates Kapital für Investitionen in zentralen Zukunftsfeldern zu mobilisieren und damit Wachstum sowie Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Der Deutschlandfonds ist kein Investmentfonds im herkömmlichen Sinn und auch kein „Dachfonds“ mit einem einheitlichen Portfolio. Er ist vielmehr die Bezeichnung für eine Dachstruktur, unter der verschiedene bestehende und neue investive Programme gebündelt, koordiniert und gegenüber Investoren besser sichtbar gemacht werden sollen. Die KfW übernimmt dabei die Rolle der Koordinatorin und soll zugleich als Ansprechpartner für nationale wie internationale Investoren fungieren.

Staatliche Garantien als Hebel für privates Kapital

Ausgestattet mit einem staatlichen Rahmen, bestehend aus öffentlichen Mitteln und Garantien, soll der Deutschlandfonds Investitionen von rund 130 Milliarden Euro auslösen. Die Logik dahinter ist die Hebelwirkung staatlicher Risikoübernahme: Garantien belasten den Haushalt nicht unmittelbar, sondern erst im Fall einer Inanspruchnahme; gleichzeitig können sie Kreditvergaben und private Investitionsentscheidungen erleichtern, indem sie Risiken für Banken und Investoren abfedern.

Breiter Ansatz für Industrie, Energie und Start-ups

Inhaltlich richtet sich der Deutschlandfonds an drei Zielgruppen: Industrie und Mittel-

stand, Energieversorgungsunternehmen sowie Start-ups und Scale-ups. Passend zu diesen Zielgruppen soll nicht ein einziges Standardprodukt angeboten werden, sondern ein Instrumentenmix: Garantien und Risikoabsicherungen, Bank-durchgeleitete Förderkredite, Eigenkapital- beziehungsweise Beteiligungslösungen, fondsähnliche Strukturen sowie – perspektivisch – kapitalmarktbasierte Instrumente wie Verbriefungen. Diese Breite ist ein Kernmerkmal des Ansatzes: Der Deutschlandfonds will Finanzierungslücken dort schließen, wo klassische Bankfinanzierung, Risikokapital- oder Projektfinanzierung aufgrund von Risiko,

130 Milliarden Euro Investitionen soll der Deutschlandfonds auslösen.

Laufzeit oder Skalierung nicht ausreichen. Gleichzeitig soll er Transparenz schaffen, indem er die Programme unter einer Dachmarke zusammenführt und so die Suchkosten für Investoren reduziert.

Auftakt mit Garantien für Transformationsindustrien

Zum Start im Dezember 2025 wurde in der Säule „Industrie und Mittelstand“ das „Absicherungsinstrument für Transformationsindustrien“ vorgestellt. Dieses Programm ist auf Avalfinanzierungen ausgerichtet, also auf Bankgarantien und -bürgschaften, die etwa Anzahlungs-, Vertragserfüllungs- oder Gewährleistungsrisiken abdecken können. Die KfW tritt dabei nicht als alleiniger Träger auf, sondern als Risikopartner neben privaten Finanzierungspartnern. Das Instrument ist ein Baustein, um große Transformationsinvestitionen – etwa in Stromerzeugung,

Wasserstoff, Automotive-Zulieferketten oder Maschinenbau – abzusichern und damit Investitionen zu erleichtern.

Förderung von Rohstoffen und Erdwärme

Ebenfalls in dieser Säule verortet die KfW den Rohstofffonds als bereits bestehendes beziehungsweise bereits initiiertes Element, das unter dem Dach des Deutschlandfonds geführt wird. Hier geht es um Eigenkapitalbeteiligungen und Kredite zur Finanzierung von Projekten rund um die Gewinnung kritischer Rohstoffe.

In der Säule „Energie“ startete als erstes Instrument der „KfW-Förderkredit Geothermie“. Das Programm zielt auf die Finanzierung von Bohrungen zur Erschließung tiefer beziehungsweise mitteltiefer Geothermie und adressiert damit das Fündigkeitsrisiko, also die Unsicherheit, ob eine Bohrung tatsächlich eine nutzbare Ressource erschließt.

Neue Instrumente für den Mittelstand geplant

In den kommenden Wochen und Monaten sollen weitere Instrumente folgen. Besonders für die Unternehmensfinanzierung von KMU interessant werden die Maßnahmen im Bereich Kapitalmarkt und Verbriefungen sein. So soll die KfW in Zukunft als Käufer von Mezzanine-Tranchen von KMU-Kreditverbriefungen auftreten, was nicht nur die Finanzierungsbedingungen für mittelständische Unternehmen verbessern würde, sondern gleichzeitig Bankbilanzen entlasten sollte. ■

> www.deutschlandfonds.info

Seminare, Lehrgänge und Veranstaltungen

Veranstaltungsportal

ServiceCenter Gießen
☎ 0641/7954-0

■ Zertifikats-Lehrgänge

02.03.2026–E-Commerce Manager/-in (IHK), online	
13.03.2026	VA: 19276
02.03.2026–Betrieblicher Klimamanager/-in (IHK), online	
10.06.2026	VA: 19358
03.03.2026–KI-Manager/-in (IHK), online	
10.06.2026	VA: 19130
03.03.2026–Qualitätsmanager/-in (IHK), online	
29.05.2026	VA: 19361
04.03.2026–Digital Change Manager/-in (IHK), online	
13.05.2026	VA: 19039
10.03.2026–Personalentwickler/-in (IHK), online	
19.05.2026	VA: 18997
10.03.2026–Social Media Manager/- in (IHK)	
20.03.2026	VA: 19250
11.03.2026–KI-Manager/-in (IHK), online	
24.06.2026	VA: 19131
16.03.2026–KI-Manager/-in (IHK), online	
25.06.2026	VA: 19132
18.03.2026–E-Commerce Manager/-in (IHK), online	
28.05.2026	VA: 19280
08.04.2026–Cyber Security Advisor (IHK), online	
22.05.2026	VA: 19260

■ Tagesseminare in Friedberg

04.03.2026	Arzneimittelprüfung	VA: 5159680
09.03.2026	Resilienz	VA: 19047
10.03.2026	Arzneimittelprüfung	VA: 5159680
12.03.2026	Effektiver Umgang mit Reklamationen und Beschwerden	VA: 19046
12.03.2026	Arzneimittelprüfung	VA: 5159680
13.03.2026	Persönliche Führungskompetenz	VA: 19048
13.03.2026–Ausbildung der Ausbilder (AdA)		
25.04.2026	VA: 19105	
13.03.2026	Moderne Geschäftskorrespondenz	VA: 19121

16.03.2026–	Ausbildung der Ausbilder (AdA)
27.03.2026	VA: 19106
17.03.2026	Unternehmensnachfolge nachhaltig regeln VA: 19119
20.03.2026	Kommunikations- und Social Skills für Azubis VA: 19051
24.03.2026	Warenursprung und Präferenzen VA: 19030
25.03.2026	Grundlagen des Agilen Projektmanagements VA: 19052
25.03.2026	Arbeitsschutzgesetz VA: 19244

■ Tagesseminare in Gießen

02.03.2026	Basiswissen Existenzgründung, Modul III: Kunde – Marketing & Vertrieb	VA: 19175
03.03.2026	Zollwertermittlung nach dem Unionszollkodex	VA: 19205
04.03.2026	Basiswissen Existenzgründung, Modul IV: Durchblick im Steuerschlingel	VA: 19179
04.03.2026	Weiterbildung für Wohnimmobilienmakler, Teil 1: Grundlagen des Maklergeschäfts	VA: 19235
09.03.2026	Basiswissen Existenzgründung, Modul V: Betriebliche und persönliche Versicherungen	VA: 19183
09.03.2026	Arbeitskreis Personal	VA: 19402
10.03.2026	Crashkurs BWA – lesen, verstehen, bewerten	VA: 19316
11.03.2026	Weiterbildung für Wohnimmobilienmakler, Teil 2: Rechtliche Grundlagen des Maklergeschäfts	VA: 19236
17.03.2026	Patent- und Erfinderberatung	VA: 19218
18.03.2026	Arzneimittelprüfung	VA: 5159680
18.03.2026	Weiterbildung für Wohnimmobilienmakler, Teil 3: Wettbewerbsrecht, Verbraucherschutz und Informationspflichten (einschließlich PrAngV)	VA: 19237

23.03.2026 **Organisation des betrieblichen Zollwesens**
VA: 19163

24.03.2026 **Show me the Money: Erzwungene Transparenz durch das neue Entgelttransparenzgesetz für alle Arbeitgeber**
VA: 19247

25.03.2026 **Arbeitsschutzgesetz**
VA: 19244

02.04.2026 **Lieferantenerklärung: Bedeutung, Regeln, Konsequenzen**
VA: 19397

Weiterbildungsangebote anderer Anbieter finden Sie bspw. unter: www.hessen-weiterbildung.de, www.wis.ihk.de, www.kursnet.de, etc.

www.ihk.de/giessen-friedberg,
Veranstaltungen
Für ausführliche Informationen geben Sie
bitte die Veranstaltungsnummer (VA) in
das entsprechende Suchfeld ein.



■ Sprechtag

Nach **Beratungsangebot Unternehmenssicherung**
Absprache **(persönliche Terminvereinbarung)**
VA: 3390440

11.03.2026 **IT-Sicherheitssprechtag**
VA: 19412

16.03.2026 **Marketingsprechtag**
VA: 19226

24.03.2026 **Digitale Experten Kammer**
VA: 19253

Fachkundeprüfung Güterkraftverkehr

Termine: 24.03.2026/21.04.2026/21.05.2026

Ort: IHK-Seminarräume,
Hanauer Straße 5, Friedberg
Anmeldung: erbeten

 Corinna Huhle
06031/609-2015
corinna.huhle@giessen-friedberg.ihk.de



■ IHK-Webinare

03.03.2026– **KI-Anwendungen erfolgreich im**

10.03.2026 **Unternehmen einsetzen (3 Teile)**
VA: 19265

04.03.2026– **Prüfungsvorbereitungskurs Kaufleute**

31.03.2026 **für Büromanagement, AP Teil 2, Fach:**
Kundenbeziehungsprozesse
VA: 19305

04.03.2026 **Zolltechnische Abwicklung von Importgeschäften**
VA: 19208

05.03.2026 **Business Process Management: per Self-**
Assessment zum reiferen Managementsystem
VA: 19350

09.03.2026 **Informationsveranstaltung für Gründerinnen**
VA: 19330

11.03.2026– **Prüfungsvorbereitungskurs Kaufleute für**
14.03.2026 **Büromanagement, AP Teil 2, Fach: WiSo**
VA: 19306

11.03.2026 **Steuerliche Pflichten und Haftungsrisiken für**
GmbH-Geschäftsführer
VA: 19314

13.03.2026 **Telefonpowertraining für Profis**
VA: 19068

17.03.2026 **Europäische Zollreform – Auswirkungen auf**
Unternehmen
VA: 19307

18.03.2026– **Prüfungsvorbereitungskurs Industriekaufleute**

21.03.2026 **AP, Fach: WiSo**
VA: 19304

18.03.2026 **Cybersicherheit stärken: NIS 2-Anforderungen**
verstehen und Schwachstellen gezielt erkennen
VA: 19324

20.03.2026 **Im Dialog – erfolgreiche Gespräche mit Mitarbei-**
tenden
VA: 19069

20.03.2026 **Rechtlich sicher ausbilden**
VA: 19070

23.03.2026– **KI-Anwendungen erfolgreich im Unternehmen**
30.03.2026 **einsetzen (3 Teile)**
VA: 19292

25.03.2026– **Prüfungsvorbereitungskurs Kaufleute für**

28.03.2026 **Groß- und Außenhandelsmanagement AP Teil 2**
(VO 2020), Fach: WiSo
VA: 19302

25.03.2026 **Informationsveranstaltung für Existenzgründer**
VA: 19331

27.03.2026 **Auszubildende führen und motivieren**
VA: 19071



Foto: Andreas Bender



Wie im Jahr 2025 bietet die internationale Netzwerk-Konferenz vielfältige Möglichkeiten, neue Kontakte zu knüpfen.

THE WORLD MEETS IN GIESSEN

Treffpunkt der globalen Wirtschaft

Vom 8. bis 10. Juni 2026 setzt die IHK Gießen-Friedberg mit der 4. Internationalen B2B-Netzwerk-Konferenz „The World meets in Giessen“ ein starkes Signal für international ausgerichtete Unternehmen und Entscheider.

VON SELINA KIPP

In einer dynamischen Weltwirtschaft, in der Wachstum und Innovation zunehmend aus Afrika, Asien und Lateinamerika kommen, bietet die Konferenz „The World meets in Giessen“ den idealen Rahmen, um neue Märkte zu erschließen, tragfähige Partnerschaften zu knüpfen und aktuelle Entwicklungen aus erster Hand zu erfahren. Über drei Tage hinweg treffen internationale Unternehmerinnen und Unternehmer, Investoren und lokale Firmen zusammen, um Chancen in Sourcing, Vertrieb und Direktinvestitionen auszuloten – unterstützt durch ein KI-gestütztes Matching, das Kontakte passgenau zusammenführt.

Der Auftakt erfolgt am 8. Juni mit dem IHK-Jahresempfang, der den perfekten Rahmen für erste Gespräche und gezieltes Networking bietet.

Abwechslungsreiches Programm

Am 9. und 10. Juni folgen Keynotes renommierter Gastrednerinnen und Gastredner sowie hochkarätig besetzte Panels, die

unterschiedliche Marktpotenziale beleuchten. Beide Tage sind darüber hinaus dem individuellen Pitching und Matchmaking gewidmet. Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten die Möglichkeit, ihr Unternehmen in einer kompakten visuellen Kurzpräsentation (PowerPoint oder Video, maximal vier Minuten) prägnant vorzustellen, wobei der Fokus auf den Kernaktivitäten statt auf Detailtiefe liegen sollte.

Ergänzt wird das Programm durch exklusive Side-Events und Länderschwerpunkte, die Gelegenheit zum Austausch mit Botschafterinnen, Botschaftern und Generalkonsuln bieten sowie den Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern erleichtern.

Ein besonderer Mehrwert entsteht durch die Präsenz starker Partner: Verschiedene Auslandshandelskammern sind angefragt; viele weitere interessante Institutionen sind mit eigenen Ständen eingeladen; es gibt Beratungsmöglichkeiten zur Exportfinanzierung und Markteintrittsstrategien. Zudem werden Marktinformationen zu internationalen Entwicklungen

und Ausschreibungen bereitgestellt – ein direkter Zugang zu großen Infrastrukturprojekten und neuen Investitionschancen.

Gießen wird für drei Tage zum Treffpunkt der globalen Wirtschaft. Die Veranstaltung bietet die Chance, Unternehmen international zu positionieren, neue Kontakte zu knüpfen und strategische Partnerschaften aufzubauen. ■

Weitere Information zum Programm und Anmeldung (bis zum 8. Mai 2026):



Tim Müller
0641/7954-3505
tim.mueller@
giessen-friedberg.ihk.de



AZUBI-CARD HESSEN

Eine digitale Karte mit vielen Vorteilen für Azubis



Wir sind dabei!

Auszubildende sind die Fachkräfte von morgen. Durch die Azubi-Card Hessen profitieren junge Menschen von Vergünstigungen und werden so finanziell unterstützt. Die Registrierung für das Programm können Unternehmen selbst vornehmen.

VON ISABEL SCHAD

Die Azubi-Card Hessen ist ein hessenweites Projekt, das Auszubildenden zahlreiche attraktive Vergünstigungen und Rabatte ermöglicht – und das auch im IHK-Bezirk Gießen-Friedberg. Unternehmen haben damit die Möglichkeit, gezielt die Fachkräfte von morgen zu unterstützen und sich als attraktive Adresse für junge Menschen zu positionieren. Die Auszubildenden können über das digitale Azubi-Infocenter alle verfügbaren Vergünstigungen einsehen und sich bei den teilnehmenden Unternehmen über die App/Anwendung ausweisen.



www.azubicard-hessen.de

Zehn Prozent Rabatt

Bereits jetzt beteiligen sich viele bekannte Unternehmen an der Azubi-Card, darunter im Raum Gießen beispielsweise Galeria

Karstadt Kaufhof. Das Kaufhaus gewährt aktuell Auszubildenden und Studierenden zehn Prozent Rabatt. Das Beispiel zeigt: Wer als Betrieb bereits Studierenden-Rabatte anbietet, kann diese unkompliziert und mit nur wenigen Klicks auch für Azubis freischalten – und so ein weiteres attraktives Angebot für eine junge Zielgruppe schaffen.

Alle Informationen zur Azubi-Card und die Möglichkeit, eigene Angebote einzustellen, finden interessierte Betriebe unter www.azubicard-hessen.de. Nach der schnellen und einfachen Registrierung – in Zusammenarbeit mit der zuständigen Stelle wie der IHK oder Handwerkskammer (HWK) – werden die Angebote online sichtbar gemacht. Ein digitales Emblem sowie ein Aufkleber vor Ort signalisieren die Teilnahme am Programm der Azubi-Card.

Die Vorteile für Unternehmen

- Mehr Sichtbarkeit bei jungen Menschen in der Region
- Einfaches Einstellen und Bewerben von eigenen Azubi-Angeboten
- Aktiver Beitrag zur Nachwuchsförderung in der beruflichen Bildung
- Zugehörigkeit zum landesweiten Partnernetzwerk

Interessierte Betriebe können sich umgehend registrieren und ihr Angebot einstellen. Bei Fragen zur Azubi-Card können sich Unternehmen bei der IHK Gießen-Friedberg melden.



Isabel Schad
06031/609-3115
isabel.schad@giessen-friedberg.ihk.de



JETZT TERMIN VORMERKEN!

IHK-Jahresempfang

Mo, 8. Juni 2026, 18 Uhr

Kongresshalle Gießen

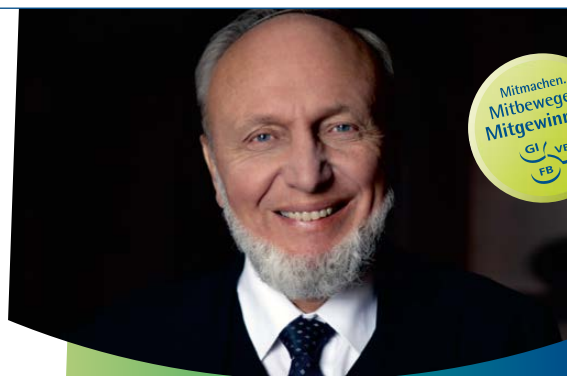


Bild: © Romy Vinogradova

VERSCHÄRFUNG DES ENTGELTTRANSPARENZGESETZES

Offenlegung von Gehältern: „Es kommt einiges auf die Unternehmen zu“

2017 wurde das Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG) eingeführt. Es zielt darauf ab, geschlechtsspezifische Lohnungleichheiten zu bekämpfen und Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern zu fördern, indem es Arbeitgeber zur Offenlegung von Gehältern verpflichtet. Voraussichtlich ab Juni 2026 gelten neue Anforderungen. Wir sprachen mit Patrick Loeke, Fachanwalt für Arbeitsrecht bei der Kanzlei Bluedex in Frankfurt am Main.

Herr Loeke, das Entgelttransparenzgesetz wird noch in diesem Jahr verschärft. Um uns alle auf einen Nenner zu bringen: Wovon reden wir hier genau?

Das Entgelttransparenzgesetz gibt es in Deutschland schon seit 2017. Der klassische Fall: Ein Mitarbeiter verdient mehr als seine Kollegin im vergleichbaren Beruf. Laut deutschem Recht muss der Arbeitgeber beweisen können, dass die unterschiedliche Bezahlung nicht vom Geschlecht abhängig ist. Das gegenüber einem Gericht zu belegen, kann allerdings schwierig werden, da bei Schlechterbezahlung direkt eine gesetzliche Vermutung bezüglich einer Geschlechtsdiskriminierung gilt. Als Arbeitnehmer wiederum kann man die Gehaltsdifferenz natürlich nur dann geltend machen, wenn man weiß, dass der männliche Kollege mehr verdient. Im Grunde genommen soll das Entgelttransparenzgesetz, wie der Name es schon sagt, transparent machen, wie viel die andersgeschlechtlichen Kollegen verdienen.

Scheinbar hat sich in Deutschland bisher nicht viel geändert. Es gibt immer noch ein Gender-Pay-Gap. Woran liegt das?

Bisher liegen die Hürden beim Auskunftsanspruch in der Praxis noch recht hoch. Zum einen gilt der Auskunftsanspruch nur in Betrieben mit mehr als 200 Arbeitneh-



Foto: Oliver Rütter

Patrick Loeke

mern, was viele Arbeitgeber gar nicht betrifft. Zum anderen muss ein Arbeitgeber nur dann das sogenannte Median-Gehalt mitteilen, wenn er sechs andersgeschlechtliche Arbeitnehmer hat, die die gleiche oder gleichwertige Arbeit leisten.

Welche Änderungen sollen nun kommen? Was bedeuten die Auflagen für Unternehmen konkret und für welche werden sie gelten?

Durch die europäische Entgelttransparenzrichtlinie sollen diese beiden Hürden abgesenkt werden. Die Richtlinie muss jetzt noch ins deutsche Gesetz überführt werden. Als Frist hierfür ist der 7. Juni 2026 vorgesehen. Auch wenn Deutschland derartige Umsetzungsfristen regelmäßig missachtet, gehe ich sehr stark davon aus, dass die Frist in diesem Fall eingehalten wird, weil die Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie ein heißes Wahlkampfthema war und im Koalitionsvertrag ausdrücklich aufgenommen worden ist. Die Richtlinie besagt, dass für den Auskunftsanspruch dann bereits ein einziger andersgeschlechtlicher Kollege genügt. Und das Entgelttransparenzgesetz wird voraussichtlich ab Juni für alle Arbeitgeber und Betriebe in Deutschland unabhängig von der Mitarbeiterzahl verbindlich sein. Kurz gesagt: Wenn Sie Arbeitgeber sind und Sie haben nur zwei Arbeitnehmer, einen Mann und eine Frau, welche die gleiche Arbeit verrichten, könnten theoretisch beide von Ihnen verlangen, dass Sie ihnen mitteilen, was der jeweils andere verdient.

Heißt das, dass die Kollegin in Zukunft auf den Cent genau dasselbe Gehalt erwarten kann wie ihr Kollege?

Für den obigen Fall mit den zwei Kollegen kann dies im Ergebnis durchaus der Fall

sein, ja. Allerdings sollen bei größeren Vergleichsgruppen nicht sämtliche Gehälter offengelegt werden. Bisher waren Arbeitgeber verpflichtet, das Median-Gehalt mitzuteilen. Das heißt, das vierte Gehalt von den insgesamt sieben Arbeitnehmern ist exakt das Entgelt, um das es beim Auskunftsanspruch ging. Beim neuen Entgelttransparenzgesetz hingegen wird es der Durchschnitt der vergleichbaren Gehälter sein. Man verspricht sich davon offenbar, dass „Ausreißer nach oben“ nicht mehr über die Angabe des Median „versteckt“ werden, da ja stets nur die Höhe des vierten Gehalts angegeben werden musste, egal wie viel der sechste oder siebte Arbeitnehmer verdient. Anders beim Durchschnitt: Hier erhöht sich das mitzuteilende Gehalt, wenn zum Beispiel der sechste und siebte Kollege deutlich mehr verdienen.

Der Gender-Pay-Gap in Deutschland liegt derzeit bei 16 Prozent ...

Das ist richtig. In der EU liegt er sogar etwas niedriger bei 13 Prozent. Im Laufe der Jahre ist er schon zurück-, aber nie weggegangen. Es ist aber wichtig zu betonen, dass es sich hierbei um den unbereinigten Gender-Pay-Gap handelt. Hier fließen alle Gehaltsgruppen mit ein, bildlich gesprochen auch das Gehalt vom Geschäftsführer und der Sekretärin. Beim bereinigten Gender-Pay-Gap werden die gleiche Tätigkeit, Ausbildung, Berufserfahrung, Arbeitszeit etc. berücksichtigt. Dieser liegt dann bei lediglich sechs Prozent. Statistisch gesehen sind aber auch diese sechs Prozent noch erheblich, immerhin geht es um sehr viel Geld.

Wie ist Ihre Einschätzung: Glauben Sie, dass das neue Entgelttransparenzgesetz tatsächlich etwas verändern wird?

Man geht tatsächlich davon aus, dass mit dem neuen Entgelttransparenzgesetz mehr Arbeitnehmerinnen den Auskunftsanspruch geltend machen werden und dass über die Auskunft des Verdienstes der Gender-Pay-Gap bekämpft wird. Viele Arbeitgeber unterschätzen derzeit noch das Thema, entweder aus Unkenntnis, was da auf sie zukommt, oder schlicht, weil sie glauben, dass ihre Mitarbeiter zufrieden sind.

Apropos andersgeschlechtlich: Wie verhält es sich mit Arbeitnehmern, die sich keinem Geschlecht zuordnen?

Bisher geht man wohl noch vom klassischen Geschlechtsbild aus. Man wird sehen, wie der Gesetzgeber das Gesetz an andere Geschlechter, zum Beispiel binär, anpassen wird.

Wie wird die Auskunft über das Gehalt erfolgen beziehungsweise festgehalten?

Die Auskunft über das konkrete Durchschnittsgehalt muss innerhalb von zwei – vorher waren es drei – Monaten erfolgen,



Die Transparenzregeln werden für alle Betriebe unabhängig von der Mitarbeiterzahl verbindlich sein.“

Patrick Loeke, Fachanwalt für Arbeitsrecht

und zwar schriftlich, wenn der Gesetzgeber hier nicht die Textform erlauben sollte. Unternehmen müssen zudem wohl einmal im Jahr ihre Arbeitnehmer darüber informieren, dass der Auskunftsanspruch besteht. Der Betriebsrat hat hier umfangreiche Mitbestimmungsrechte und wird wohl versuchen, dafür zu sorgen, dass die Kolleginnen das gleiche Gehalt bekommen wie die männlichen Kollegen mit vergleichbarer Tätigkeit. Aber auch Unternehmen ohne Betriebsrat sollten nicht darauf setzen, am Auskunftsanspruch vorbeizukommen. Ein Arbeitnehmer kann darauf beim Arbeitsgericht selbstverständlich klagen. Und wird erst einmal ein Anwalt eingeschaltet, kann das Ganze schnell eskalieren. Unternehmen müssen ab Juni auch gegenüber dem deutschen Staat Auskunft geben. Das gilt wiederum für alle Unternehmen, wobei es allerdings Ausnahmen für die kleinen unter 100 Mitarbeiter geben soll.

Wird es Sanktionen geben?

Allerdings. Bisher gab es tatsächlich keine echten Sanktionen. Die Arbeitnehmer hatten zwar Anspruch auf Differenzentgelt und eine Art „Schmerzensgeld“ für den immateriellen Schaden gemäß dem Antidiskriminierungsgesetz. Ab Juni soll es darüber hinaus erhebliche Sanktionen geben wie Bußgelder oder den Ausschluss von öffentlichen Aufträgen. Es kommt einiges auf die Unternehmen zu. Bis heute gibt es bei den deutschen Arbeitsgerichten nur sehr wenige Fälle, in denen das Differenzgehalt oder auch nur die Auskunft eingefordert wurde. Diese Tatsache sowie die Rückmeldungen von unseren Mandanten – welche die gesamte deutsche Wirtschaft vom Einzelunternehmer bis zum Dax-Konzern abdecken – lassen mich zumindest hoffen, dass es in den Unternehmen tatsächlich nicht ganz so schlimm um die Gleichbehandlung bestellt ist, wie der – bereinigte – Gender-Pay-Gap es vermuten lässt.

Die Fragen stellte Gabriele Reinartz. ■

IHK-SEMINAR MIT RECHTSANWALT PATRICK LOEKE

Show me the Money – Erzwungene Transparenz durch das neue Entgelttransparenzgesetz für alle Arbeitgeber

Datum: 24. März 2026

Uhrzeit: 14:00–17:30 Uhr

Ort: IHK Gießen-Friedberg, Lonystraße 7, Gießen

Preis: 120,- Euro

VA: 19247



Cindy Mett
0641/7954-4020
cindy.mett@giessen-friedberg.ihk.de



5 Fragen an ...

... **Andreas Eiling**, Leiter des IHK-Ausbilder-Netzwerks und Inhaber der Ausbilder-Akademie GmbH

Austausch statt Alleingang: Gemeinsam besser ausbilden

Herr Eiling, Sie begleiten seit vielen Jahren die Ausbilderqualifizierung in der Region. Was ist Ihre Motivation, das neue Ausbilder-Netzwerk der IHK Gießen-Friedberg als Leiter zu gestalten?

Betriebliche Ausbildung ist ein Fundament der Personalentwicklung und mein Herzenthema. Ausbilderinnen und Ausbilder planen, gestalten und begleiten als Multiplikatoren die Entwicklung der Nachwuchskräfte. Neben den grundlegenden Fertigkeiten, Kenntnissen und Fähigkeiten, die sie in der Vorbereitung auf die Ausbildeignungsprüfung erworben haben, spielt das implizite Wissen aus der beruflichen Praxis eine zunehmend wichtige Rolle. Das Ausbilder-Netzwerk der IHK Gießen-Friedberg bietet eine wunderbare Möglichkeit, mit gleichgesinnten Erfahrungen auszutauschen und vom Wissen der anderen Teilnehmer zu profitieren. Viele Ausbildungsverantwortliche erzählen mir immer wieder, wie wertvoll der Blick über den Tellerrand ist, der in diesem Format geboten wird.



Foto: privat

Andreas Eiling

Welche Herausforderungen begegnen Ihnen immer wieder bei Ausbilderinnen und Ausbildern – und wie wird das Netzwerk helfen, diese besser zu meistern?

Die berufliche Ausbildung unterliegt einem ständigen Wandel. Daher muss sich das Ausbildungspersonal kontinuierlich auf neue Gegebenheiten einlassen und zukunftsfähige Ideen entwickeln und umsetzen. Viele Ausbilderinnen und Ausbilder sind mit schwierigen Situationen konfrontiert, zum Beispiel mit heterogenen Leistungsfähigkeiten der Nachwuchskräfte, veränderten Wertewelten und psychischen Problemen von jungen Menschen. Veränderte Rahmenbedingungen der Wirtschaft müssen ebenfalls bewältigt werden – zu nennen wären hier beispielsweise die Digitalisierung, komplexe Geschäftsprozesse, Nachhaltigkeit in allen Facetten und die vielfältigen Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz. Die Erwartungen der Auszubildenden erfordern zudem eine Auseinandersetzung mit handlungsorientierten Ausbildungsmethoden und individuellen Förderkonzepten. Einige Ausbildungsbetriebe sind hier schon sehr weit und können wichtige Impulse geben, damit das Rad nicht zweimal erfunden werden muss. Oft ist es aber schon allein wichtig zu merken, dass viele Ausbildungsunternehmen identische Probleme bewältigen müssen.

Ausbilder-Netzwerk: Jetzt anmelden!

In Online-Meetings bietet das neue IHK-Ausbilder-Netzwerk Austausch, aktuelle Informationen und praxiserprobte Lösungen rund um die betriebliche Ausbildung für alle Ausbilder der Region.

Datum: 17. April 2026

Uhrzeit: 8:30–10:30 Uhr

Ort: online

Jetzt Themenwünsche einbringen und anmelden:



Was können die Teilnehmer von den Online-Meetings konkret erwarten? Gibt es Themen und Formate, die Ihnen besonders am Herzen liegen?

Das Format startet in der Regel mit einem kurzen Impulsvortrag zu einem ausbildungsrelevanten Thema. Das erste Treffen im Jahr 2026 wird zum Beispiel mit einem

Impuls zum besseren Verständnis unterschiedlicher Sozialisierung von jungen Menschen starten, und ich möchte Ideen entwickeln, wie wir davon profitieren und gemeinsam mehr erreichen können. Dabei soll das Verbindende und nicht das Trennende im Mittelpunkt stehen. Die Teilnehmer haben im Anschluss die Möglichkeit, ihre Erfahrungen zu teilen und den Blickwinkel zu erweitern. Gedanken können im Plenum geteilt und diskutiert werden. In Kleingruppen werden Leitfragen bearbeitet und Lösungsideen entwickelt. Je nach Thema kommen weitere Methoden zum Einsatz, zum Beispiel erlebnisorientierte Experimente oder ein digitales „World Café“.

Wie funktioniert der Austausch im Netzwerk: Inwiefern profitieren die Ausbilder davon und wie kann jeder Einzelne aktiv teilnehmen?

Bei den Online-Meetings können im Netzwerk Kontakte geknüpft werden, die auch außerhalb der Treffen bestehen bleiben.

Vertreter der IHK Gießen-Friedberg und ich können zudem mit einem Blick von außen Gedanken anstoßen und Tipps für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer geben. Grundlage dafür ist die Bereitschaft aller, sich einzubringen und nicht nur zu konsumieren. Deshalb ist die Voraussetzung, dass alle Netzwerker über eine funktionsfähige Technik für das Online-Format verfügen und zum Beispiel ihre Kamera dabei angeschaltet ist.

Welchen persönlichen Tipp geben Sie Ausbildern, die ihre Ausbildungsarbeit weiterentwickeln möchten?

Ich habe in den vergangenen Jahren zahlreiche Tipps von Ausbilderinnen und Ausbildern sammeln dürfen, die ich in den Treffen teilen möchte. Vorab gebe ich gern einen kurzen Einblick:

- Sehen Sie jede schwierige Ausbildungssituation als Lernchance, die Ihre Komfortzone erweitert. Ich halte es für wichtig, sich häufiger die Frage

nach dem Wofür zu stellen als nach dem Warum.

- Empathie ist durch nichts zu ersetzen. Daher würde ich immer wieder den Perspektivwechsel in allen Ausbildungssituationen trainieren.
- Menschen lernen besonders gut durch Möglichkeiten. Den Nachwuchskräften sollte man viel mehr Raum zum Entdecken geben, denn Wachstum basiert meist auf Vertrauen und Zutrauen.

Ich freue mich schon heute auf unser gemeinsames Entdecken im Ausbilder-Netzwerk der IHK Gießen-Friedberg.

Die Fragen stellte Ann-Kathrin Oberst.



Mara Meister Schwarz
06031/609-3100
mara.meister@
giessen-friedberg.ihk.de



ANZEIGE

WIR REALISIEREN IHR BAUVORHABEN.

- Objekt- und Gewerbebau
- Verwaltungsbauten
- Ingenieurbau
- Hotels
- Trinkwasserbehälter
- Schulen und KiTas
- Sozialimmobilien
- Infrastruktur

quast.de

ZEIT, GROSSES ZU BEWEGEN.

OTTO QUAST

Die Ausgleichsabgabe steigt für Betriebe, die ihre Beschäftigungspflicht gegenüber schwerbehinderten Menschen nicht erfüllen.

Foto: Adobe Stock

INKLUSION

Schwerbehinderung: Die Ausgleichsabgabe steigt

Von der bevorstehenden Erhöhung der Ausgleichsabgabe sind Unternehmen mit durchschnittlich mehr als 20 Arbeitsplätzen betroffen. Die Fachberatung für Inklusion der IHK Gießen-Friedberg gibt einen Überblick darüber, was dies für Betriebe bedeutet und wie sie damit umgehen können.

VON SAMANTHA FISCHER

Alle Arbeitgeber, die im Jahresdurchschnitt mindestens 20 Arbeitsplätze haben, sind beschäftigungspflichtig. Das bedeutet, dass diese Betriebe in der Regel mindestens fünf Prozent der Arbeitsplätze mit schwerbehinderten oder gleichgestellten Menschen besetzen müssen. Zu beachten ist, dass bei der Mindestanzahl Arbeitsplätze mit einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von weniger als 18 Stunden oder Ausbildungsplätze nicht mitgerechnet werden.

Wenn betroffene Arbeitgeber dieser Beschäftigungspflicht nicht



nachkommen, müssen sie eine Ausgleichsabgabe zahlen. Das Integrationsamt finanziert aus diesem Topf die Hilfen für schwerbehinderte und gleichgestellte Menschen im Arbeitsleben. Dadurch wird ein finanzieller Ausgleich zwischen Arbeitgebern, die die Beschäftigungspflicht nicht erfüllen, und jenen, die ihr nachkommen, geschaffen.

Unternehmen sind in der Pflicht

Bereits 2024 wurde die vierte Stufe der Ausgleichsabgabe für die Arbeitgeber eingeführt, die keine Schwerbehinderten beschäftigen.

Die Beträge der einzelnen Staffellungen wurden nun für 2025 nochmal erhöht und sind zum 31. März 2026 zu zahlen. Je nach Beschäftigungsquote kann dies pro unbesetzten Arbeitsplatz monatlich zwischen 155 Euro und 815 Euro ausmachen.

Unternehmen müssen selbst jedes Jahr die Erfüllung der Beschäftigungspflicht an die Agentur für Arbeit melden. Auf der Webseite www.iw-elan.de finden sie alle Vorschriften, Informationen und Berechnungsgrundlagen. Die Zahlung der Ausgleichsabgabe erfolgt direkt ans Integrationsamt.



3 Fragen an ...

... **Samantha Fischer**, Fachberaterin für Inklusion bei der IHK Gießen-Friedberg

Durch Inklusion können Unternehmen Kosten senken

Frau Fischer, zum 31. März dieses Jahres wird für Unternehmen, die niemanden mit Schwerbehinderung beschäftigen, eine höhere Ausgleichsabgabe fällig. Gibt es Entlastungsmöglichkeiten für Betriebe?

Ja, durchaus. Der einfachste Weg zur Reduzierung der Ausgleichsabgabe ist, Menschen mit Schwerbehinderung oder Gleichstellung einzustellen. Nur ein Beispiel: Ein Unternehmen mit 80 Mitarbeitern, das keine schwerbehinderten Angestellten beschäftigt, zahlt für 2025 rund 39.120 Euro Ausgleichsabgabe. Stellt es nur einen Menschen mit Schwerbehinderung ein, lassen sich mehr als 24.000 Euro pro Jahr sparen! Aber auch andere Maßnahmen können helfen. Ein inklusives Betriebsklima kann dazu beitragen, dass sich Mitarbeiter mit bisher nicht bekanntem Schwerbehindertenstatus „outen“. Übrigens: Auszubildende mit Schwerbehinderung werden sogar doppelt auf die Beschäftigungsquote angerechnet.

Was sind weitere Vorteile für Unternehmen, wenn sie Menschen mit Schwerbehinderung beschäftigen?

In Zeiten des Fachkräftemangels erschließen Unternehmen durch Beschäftigte mit Schwerbehinderung einen wertvollen Bewerberkreis. Schwerbehinderte Mitarbeiter sind aus Verbundenheit zum Arbeitgeber oft auch sehr loyal. Unternehmen profitieren zudem von einer Vielzahl an Fördermöglichkeiten: Das reicht von Lohnkostenzuschüssen bis zu finanziellen Beihilfen für Arbeitsplatzausstattung oder personelle Unterstützung. Eines müssen wir uns auch klarmachen: In einer altern-



Foto: Andreas Bender

Samantha Fischer



Durch Beschäftigte mit Schwerbehinderung erschließen Unternehmen in Zeiten des Fachkräftemangels einen wertvollen Bewerberkreis."

Samantha Fischer, Fachberaterin für Inklusion bei der IHK Gießen-Friedberg

den Gesellschaft wird das Thema Inklusion zunehmend wichtiger werden, denn die meisten Behinderungen entstehen im Laufe des Lebens – durch Krankheiten oder Unfälle.

Wie unterstützt die IHK ihre Mitgliedsbetriebe beim Thema Inklusion und Ausgleichsabgabe?

Unser kostenfreies, vom Integrationsamt Hessen gefördertes Beratungsangebot steht allen Mitgliedsbetrieben offen – egal, ob es um Einzelfälle oder einen generellen Überblick zu Inklusion geht. Ich informiere zu allen Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten, helfe beim Kontakt zu Kostenträgern, bei Anträgen oder stelle Kontakte in unserem Netzwerk her. Wer etwa neue Mitarbeiter oder Auszubildende einstellt, kann Auskünfte zu Lohnkostenzuschüssen oder Prämien erhalten. Wichtig ist, sich bei Fragen rechtzeitig zu melden, im besten Fall bei Neueinstellungen vor Vertragsunterschrift und bei bereits beschäftigten Mitarbeitern vor der Beantragung der Leistung.

Die Fragen stellte Tobias Bunk. ■



Samantha Fischer
06031/609-3150
samantha.fischer@giessen-friedberg.ihk.de

BUSINESS ANGELS MITTELHESSEN

Neues Feedback-Format für Start-ups

Ist die eigene Geschäftsidee wirklich so überzeugend? Wo muss nachgeschärft werden? Angehende Jungunternehmer finden Antworten auf Fragen wie diese beim neuen Advisory-Council der Business Angels und können sich so vorab Feedback zu ihrer Geschäftsidee einholen.



Foto: Business Angels Mittelhessen

➤ Felix Hamann, Geschäftsführer der Business Angels Mittelhessen (l.), und Thomas Lamprecht, Leiter Apps & Plattformen der Business Angels Mittelhessen

VON DEN BUSINESS ANGELS MITTELHESSEN

Die Business Angels Mittelhessen haben ihr Angebot zur Unterstützung von Gründern und jungen Start-ups erweitert. Ab sofort können interessierte Jungunternehmer in einem Advisory-Council ihre Geschäftsidee von erfahrenen Experten überprüfen lassen und sich Feedback einholen. Das kostenlose Angebot richtet sich an Unternehmer, die eine innovative Geschäftsidee verwirklichen wollen, aber noch nicht alle Aspekte der Unternehmensgründung und -aufstellung durchleuchtet und entschieden haben.

Geschäftsidee wird durchleuchtet

„Die frühe Phase von Start-up-Unternehmen ist absolut entscheidend“, betont Felix Hamann, Geschäftsführer der Business Angels Mittelhessen. „Hier wird der Grundstein für den zukünftigen Erfolg oder auch das Scheitern eines Unternehmens gelegt. Jede Geschäftsidee sollte daher so früh wie möglich auf die wichtigsten Erfolgsfaktoren überprüft werden. Dazu bietet das Netzwerk der Business Angels einen wertvollen Fundus an Expertise in verschiedenen Branchen.“

Gründern steht über die Advisory-Councils ein pragmatischer Erstkontakt

mit der Investorenszene zur Verfügung. Interessierte können über die Webseite der Business Angels Mittelhessen einfach einen Termin anfragen. Anschließend wird aus deren Kreis ein passendes Expertenteam für ein 60-Minuten-Meeting einberufen, das dem Start-up Rede und Antwort steht. Abgerundet wird der Advisory-Council mit einem dokumentierten Feedback aus Positionierung und Empfehlungen für das Start-up. „Advisory-Councils bieten Gründern fundiertes Feedback, wo sie stehen – mit Bezug auf das Gründerteam, Marktreife des Produkts, mögliche Partnerschaften oder auch die geeignete

Vertriebsstrategie. All das sind erfolgskritische Faktoren, die nicht früh genug besprochen werden können“, erläutert Felix Hamann. Advisory-Councils bereiten Start-ups dabei auf weitere Kontakte und mögliche Verhandlungen in der Private-Equity-Welt vor. „Dies ist für Gründer oft komplettes Neuland“, weiß Hartmann.

Erfahrung trifft Unternehmergeist

„Wir bekommen exzellente Rückmeldung von Start-ups, die sich im Advisory-Council Feedback geholt haben“, bestätigt Thomas Lamprecht, Leiter des Bereichs Apps & Platforms bei den Business Angels. „Start-ups suchen nach ehrlichem Feedback zu ihrem Geschäftsmodell. Es hilft enorm, wenn Erfahrung mit Unternehmergeist zusammentrifft. Wir können in einem kurzen Dialog auf Augenhöhe die Vorteile eines Geschäftsmodells herausarbeiten. Wichtiger vielleicht noch: Wir bieten Spar-

ring für Bereiche, die noch nachgeschärft werden müssen.“

Die Business Angels Mittelhessen unterstützen Start-ups in verschiedenen Formaten mit Kontakten, Know-how und Kapital. Nach der Gründung bieten die Business Angels Mittelhessen für Start-ups weitere Veranstaltungsformate. In Matching-Veranstaltungen präsentieren Start-ups vor Business-Angel-Investoren und besprechen konkrete Kooperationen zur Finanzierung. Dies schließt für junge Unternehmen die Lücke, bevor größere Finanzierungsrunden anstehen, die dann typischerweise über Venture-Capital abgedeckt werden. Ein nächstes Matching-Event der Business Angels Mittelhessen findet am 18. März 2026 im Rahmen der Messe W3+Fair in Wetzlar statt.

> ba-mittelhessen.de



IHK gratuliert

25-jähriges Arbeitsjubiläum

Erich Carlé GmbH & Co. KG, Gießen

Rudi Traber 01.02.2026

Alfelder Kunststoffwerke Herm.

Meyer GmbH, Ober-Mörlen

Markus Eul 12.02.2026

Helene Magel 02.01.2026

35-jähriges Arbeitsjubiläum

Hürner Luft- und Umwelttechnik

GmbH, Mücke-Atzenhain

Volker Schneider 04.03.2026

Herzlichen Glückwunsch!

ANZEIGE

Gezielte Sichtbarkeit Ihrer Stellenausschreibung – mit JobBlitz!

schnell, effizient, digital

Präzise Kandidatenansprache durch Programmatic-Advertising:

Ihre Stellenausschreibung wird automatisiert auf den Kanälen ausgespielt, die von Ihrer Zielgruppe genutzt wird – Social Media (Instagram, Facebook, Tik Tok), LinkedIn und über Partnernetzwerke wie z. B. [kleinanzeigen.de](https://www.kleinanzeigen.de).

Mit JobBlitz gezielte Stellenausschreibung-Kampagnen starten! JobBlitz macht aus Daten Kandidaten!



Jetzt beraten lassen:

Sarah Aßmann – Digitalvermarktung –

☎ 0641 3003-321 @ sarah-denise.assmann@mdv-online.de



➤ IHK-Präsident Rainer Schwarz übergibt das Zertifikat „Vorbildlich mobil“ an Birgit Weckler, Erste Kreisbeigeordnete des Wetteraukreises. Unser Foto zeigt (v.l.) Susanne Feiler, Klimaschutzkordinatorin Wetteraukreis, Christine Berger von der ivm GmbH, Erste Kreisbeigeordnete Birgit Weckler, Fachbereichsleiter Christian Sperling, IHK-Präsident Rainer Schwarz, Kreisentwickler Martin Langlitz sowie Daniel Kaiser und Frank Wendzinski von der IHK Gießen-Friedberg.

ZERTIFIKAT

Die Auditierung „Vorbildlich mobil“ macht Arbeitgeber attraktiver

Als erste Institution im Kammerbezirk wurde der Wetteraukreis von der IHK Gießen-Friedberg und Partnern dafür zertifiziert, dass er seine Mitarbeiter in nachhaltigem Mobilitätsverhalten unterstützt.

AUS DER IHK UND DEM WETTERAUKREIS

Ein Premium-Jobticket für das gesamte RMV-Gebiet, das Fahrradleasing für die Beschäftigten, die jährlich stattfindende Fahrradkonferenz oder auch die schrittweise Elektrifizierung des eigenen Fuhrparks: Dies sind einige der Maßnahmen aus dem betrieblichen Mobilitätsmanage-

ment, für die der Wetteraukreis von der IHK Gießen-Friedberg und der Gesellschaft für integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain (ivm) jüngst mit dem Prädikat „Vorbildlich mobil“ ausgezeichnet wurde. „Für die Zertifizierung haben wir eng mit unseren regionalen Partnern zusammen-

gearbeitet. Wir möchten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu motivieren, das eigene Mobilitätsverhalten zu hinterfragen und zugleich Anreize schaffen, möglichst umweltfreundlich zur Arbeit zu kommen“, betont Birgit Weckler, Erste Kreisbeigeordnete und Mobilitätsdezernentin im Wetteraukreis. Maßnahmen wie der Ausbau von sicheren Fahrrad-Abstellanlagen, die Erhöhung des Anteils der

Foto: Andreas Bender



Wir gehen davon aus, dass es für viele weitere Arbeitgeber in der Region interessant ist, ein Mobilitätskonzept zu erstellen und das eigene betriebliche Mobilitätsmanagement zertifizieren zu lassen.“

Rainer Schwarz, Präsident der IHK Gießen-Friedberg

Nutzung des Umweltverbunds und von E-Pkw im eigenen Fuhrpark seien ebenso im Fokus wie öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und die Teilnahme an Wettbewerben wie dem jährlichen Stadtradeln.

Erreichbarkeit im Fokus

Daniel Kaiser, stellvertretender Leiter des Geschäftsbereichs Standortpolitik, ist bei der IHK Gießen-Friedberg für den Auditprozess verantwortlich. „Bei der Auditierung kommt es darauf an, die Erreichbarkeit des Arbeitgebers und die Mobilität der Mitarbeiter systematisch zu analysieren, um relevante Verbesserungspotenziale gezielt zu identifizieren.“ Die Auszeichnung „Vorbildlich mobil“ wurde dem Wetteraukreis als Arbeitgeber im Anschluss an den bestandenen Auditprozess verliehen. Darin wurden nachhaltige Strategien und Zielsetzungen für die eigene Mobilität entwickelt und verbindlich deren Umsetzung geplant. Dem Audit war die Teilnahme am Beratungsprogramm „Besser zur Arbeit“ der ihm vorausgegangen, wobei auf der Grundlage von umfassenden Analysen zu Standorten, Distanzen, Infrastrukturen und dem Mobilitätsverhalten der Mitarbeiter ein Mobilitätsplan für die Verwaltung des Wetteraukreises erarbeitet wurde.

Wetteraukreis ist Vorbild

„Wir haben uns ganz konkrete Ziele gesetzt, um die betriebliche Mobilität dauerhaft zu verbessern. Zudem wollen wir auch für andere Arbeitgeber in der Region eine Vorbildfunktion einnehmen“, so die Erste Kreisbeigeordnete Birgit Weckler. Neben allgemeinen Sensibilisierungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll der Anteil von Fuß- und Rad-

verkehr auf Arbeitswegen sowie der Nutzer von Fahrradleasing um zehn Prozent erhöht werden. Außerdem soll im Sinne der klimafreundlichen Mobilität der Anteil der Verkehrsmittelnutzung im Umweltverbund und von Elektrofahrzeugen auf Arbeitswegen und Dienstreisen um mindestens 25 Prozent steigen.

Rainer Schwarz, Präsident der IHK Gießen-Friedberg, betonte bei der Zertifikatsübergabe die Vorbildfunktion: Der Wetteraukreis habe nun als erste Einrichtung im Kammerbezirk die Auditierung zum Prädikat „Vorbildlich mobil“ absolviert. „Die Auditierung kann durch die Unterstützung der Mitarbeitermobilität zur Arbeitgeberattraktivität beitragen. Wir gehen davon aus, dass es für viele weitere Arbeitgeber in der Region interessant ist, ein Mobilitätskonzept zu erstellen und das eigene betriebliche Mobilitätsmanagement zertifizieren zu lassen“, führte Schwarz weiter aus.



Daniel Kaiser
06031/609-2010
daniel.kaiser@
giessen-friedberg.ihk.de



ANZEIGE

Herausforderungen gemeinsam meistern

Sie möchten die Gesundheit Ihrer Mitarbeiter fördern und ein betriebliches Gesundheitsmanagement etablieren? Unser Kompetenzteam ist jederzeit gerne für Sie da und unterstützt Sie bei der Umsetzung.

Jetzt Ansprechpartner finden!
www.ikk-jobaktiv.de

IKK Südwest | **JOBaktiv**
Gesund arbeiten



Foto: www.till-schuermann.de

➤ Impulse und Innovationen für verschiedene industrielle Branchen gibt es auf der Messe W3+ Fair am 18. und 19. März 2026 in Wetzlar.

W3+ FAIR

Treffpunkt der Innovationen: Digitalisierung und KI im Fokus

IHK-Innovationsberater Janis Milde spricht über die Vorteile der W3+ Fair und lädt zum KI-Angebot von IHK Hessen innovativ auf der Messe ein.

Herr Milde, die W3+ Fair richtet sich als B2B-Event an die Industrie. Was kann eine solche Messe bringen in der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage?

Gerade in Krisenzeiten ist der Austausch zwischen den Beteiligten der Industrieproduktion wichtiger denn je. Die W3+ Fair bietet ein Schaufenster für Innovation, speziell für Unternehmen aus der Region. Hier treffen Entwickler, Anwender und internationale Experten unterschiedlicher Branchen – von Optik und Photonik über Elektronik und Oberflächenbearbeitung bis zu Mechanik – direkt auf-



einander, vernetzen sich und erhalten Zugang zu aktuellen Hightech-Trends. Die übergeordneten Themen reichen von MedTech über Automotive bis zu Sensorik und Präzisionsmechanik. Für Aussteller bieten sich nicht nur neue Geschäftskontakte, sondern auch die Möglichkeit, gemeinsam mit Forschungseinrichtungen und Partnern innovative Projekte zu starten. Nicht zuletzt möchten wir durch unseren Gemeinschaftsstand von IHK Hessen innovativ Impulse setzen und durch Partner, Initiativen und Hochschulen den Wissens- und Forschungstransfer fördern.

Das Thema Künstliche Intelligenz steht diesmal besonders im Fokus. Wo liegt hier der Mehrwert für Messebesucher?

KI ist längst mehr als ein Schlagwort – sie entscheidet zunehmend über Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmensentwicklung. Auf unserer KI-Tagung im Rahmen der Messe zeigen wir, wie der Mittelstand die Möglichkeiten von KI konkret nutzen kann. Die Teilnehmer erleben praxisnahe Anwendungen und lernen Best Practices aus erfolgreichen Unternehmen kennen. Sie erhalten eine fundierte Orientierung: Wo steht mein Unternehmen im KI-Zeitalter? Welche Lösungen sind sinnvoll und realistisch umsetzbar? Das Angebot richtet sich ausdrücklich an alle, die nicht länger abwarten wollen, sondern jetzt die Chancen von Digitalisierung und insbesondere der KI-Entwicklung ergreifen möchten.

Ist es ein Muss für alle Unternehmen, sich mit KI auseinanderzusetzen?

Das sehe ich in jedem Fall so. Denn vom Ein-Mann-Betrieb bis zum Konzern lassen sich durch KI die eigenen Prozesse effizienter gestalten. So können Unternehmen Zeit und Kosten in ihren Abläufen einsparen und Ressourcen für Innovationen freisetzen, für die ebenfalls die Künstliche Intelligenz genutzt werden kann. Besonders wichtig ist uns, Wege aufzuzeigen, wie Unternehmen Schritt für Schritt KI-Technologien einführen können – vom Einstieg bis zur Optimierung. Wer Fragen zur IT-Sicherheit, aktuellen Forschungstrends oder passenden KI-Dienstleistern hat, findet auf der Tagung kompetente Ansprechpartner und Inspiration.



Foto: Andreas Bender



Janis Milde



Wie profitieren Aussteller aus dem Kammerbezirk vom IHK-Angebot und der Partnerschaft mit IHK Hessen innovativ?

Gemeinsam mit IHK Hessen innovativ bieten wir eine Plattform, auf der Aussteller aus dem IHK-Bezirk mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft ins Gespräch kommen und Innovationen gezielt voranbringen können. IHK Hessen innovativ bringt zusätzlich Know-how aus unserer Beratung und Netzwerke zu den Themen Sensorik, Design, Digitalisierung und KI ein – vom Zugang zu Förderprogrammen bis zu konkreten Kooperationsmöglichkeiten. Das macht die Messe besonders wertvoll für Unternehmen, die sich technologisch weiterentwickeln und neue Geschäftsfelder erschließen möchten. Am zweiten Messetag kommt unser Arbeitskreis Sensortechnologie Mittelhessen auf der Messe zusammen. Auf dem Programm stehen Fachvorträge aus der Forschung sowie eine Diskussion über zukünftige Trends in der Sensorik – gemeinsam mit dem AMA Verband für Sensorik und Messtechnik sowie Unternehmensvertretern. Interessierte können nach vorheriger Anmeldung an dem Treffen teilnehmen.

Ihr Tipp für Besucher: Warum sollte man am 18. und 19. März dabei sein?

Die auf der Messe vertretenen Themen bieten einen echten Mehrwert: Hier trifft Hightech auf Anwender, Visionen treffen auf Praxis. Egal, ob man konkrete KI-Projekte plant, sich einfach inspirieren lassen oder mit erfahrenen Innovationspartnern austauschen möchte – der persönliche Kontakt und die interdisziplinäre Vernetzung sind in diesem Umfeld unbezahlbar. Gerade in Zeiten des technologischen Umbruchs lohnt sich ein Besuch, um mit frischen Impulsen den nächsten Schritt für das eigene Unternehmen einzuleiten.

Die Fragen stellte Tobias Bunk.



Die Messe spricht Unternehmen an, die sich technologisch weiterentwickeln und neue Geschäftsfelder erschließen möchten.“

Janis Milde, Innovationsberater bei der
IHK Gießen-Friedberg



Janis Milde
06031/609-2520
janis.milde@giessen-friedberg.ihk.de



Gemeinsam stark:
Vanessa Neumann,
Daniela Neumann
und Carina Keller
(v.r.) vom „Gastwerk
Waldfrieden“ mit
ihrer Mitarbeiterin
Anna Nocera

ARBEITSKREIS UNTERNEHMERINNEN

„Fast mehr Aufenthaltstitel als Nationen“

Spannende Einblicke in ihre Arbeit als Staatsministerin und Bundestagsabgeordnete für die Wetterau gab Natalie Pawlik Anfang Februar dem Arbeitskreis Unternehmerinnen. Rund 40 Frauen waren zum Austausch in das „Gastwerk Waldfrieden“ nach Gießen-Wieseck gekommen.

VON PETRA A. ZIELINSKI

Mit Natalie Pawlik konnten die Vorsitzende des Arbeitskreises Unternehmerinnen (AKU), Kornelia Exner, und Mitbegründerin Manuela Giorgis Anfang Februar einen ganz besonderen Gast begrüßen: Als Spätaussiedlerin aus dem sibirischen Wostok nach Bad Nauheim gekommen, ist Natalie Pawlik seit 2025 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie Antirassismusbeauftragte.

„Meine Herkunft prägt meine politische Arbeit“, betonte die 33-jährige SPD-Politikerin, die bereits mit 18 Jahren im Rahmen der Kommunalwahlen zur Stadtverordneten in Bad Nauheim gewählt wurde und vor ihrem Einzug in den Bundestag auch für einen Abgeordneten des Europäischen Parlamentes gearbeitet hat.

„Damit Integration gelingt, muss vieles besser und schneller werden“, fasste sie zusammen. Neben Arbeit und Bildung sei

vor allem Sprache der entscheidende „Schlüssel zur Integration“. Gerade im frühkindlichen Bereich sei eine bessere Förderung dringend notwendig. Um den genauen Bedarf zu ermitteln, habe die Regierung eine bundesweite Sprachstandserhebung für Vorschulkinder vereinbart, an deren Umsetzung sie mitwirke.

Anerkennung von Abschlüssen

Die Staatsministerin sprach sich darüber hinaus für die bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen aus. Denn zu viele Migrantinnen und Migranten würden einer Tätigkeit nachgehen, die weit unter ihrem Bildungsniveau liege. „An dieser Stelle verlieren wir wichtige Fach-



Nutzen die
Möglichkeit zum
Austausch (v.l.):
Malu Schäfer,
Kornelia Exner,
Manuela Giorgis
und Natalie
Pawlik.



Fotos: Petra A. Zielinski/IHK GI-FB



An dieser Stelle verlieren wir wichtige Fachkräftepotenziale.“

Integrationsbeauftragte **Natalie Pawlik** zur Thematik, dass viele Migrantinnen und Migranten unterhalb ihres Bildungsniveaus arbeiten

kräftepotenziale“, gab Natalie Pawlik zu bedenken und befürwortete bessere Angebote zur Nachqualifizierung.

Ein aktuelles Beispiel steuerte eine der Teilnehmerinnen bei, die erst kürzlich einen Elektrotechniker für ihr Unternehmen aus einem Kurs für Türsteher rekrutieren konnte. „Wir sind hier auf gutem Wege“, versprach Natalie Pawlik. So sei es gelungen, alle 16 Bundesländer für eine entsprechende Diskussion an einen Tisch zu bringen.

Weniger Frauen in Arbeit als Männer

Auch dass Frauen mit Migrationshintergrund es auf dem deutschen Arbeitsmarkt wesentlich schwerer haben als Männer, thematisierte die SPD-Politikerin. So betrage beispielsweise der Anteil berufstätiger Syrerinnen nur 19 Prozent. Als Grund hierfür nannte Pawlik unter anderem fehlende oder zu kostenintensive Betreuungsangebote für Kinder. „Kinderbetreuung liegt im wirtschaftlichen Interesse des Landes. Hier gilt es, attraktive Arbeitszeit- und Betreuungsmodelle zu schaffen.“

In der Diskussion ging es um die Kürzung von Integrationskursen, die im Hinblick auf die Haushaltssituation strittig geworden seien, aber auch um das Thema Abschiebung. Hier sprach sich die Politikerin deutlich für die Schaffung „bleiberechtlicher Perspektiven“ aus und für einen „Spurwechsel weg vom Asyl hin zum Einwanderungsweg“ für Menschen, die arbeiten oder in Ausbildung sind. „Wir haben aktuell fast mehr Aufenthaltstitel als Nationen in Deutschland“, bedauerte sie. Vor allem im Hinblick auf langwierige Asylverfahren gelte es, pragmatische und schnellere Lösungen zu finden. ■



Andrea Bette
06031/609-2500
andrea.bette@
giessen-friedberg.ihk.de



IM FOKUS

Der Arbeitskreis Unternehmerinnen bietet immer viel Zeit zum Netzwerken: Natalie Pawlik (r.) im Gespräch mit Malu Schäfer.

Natalie Pawlik

Natalie Pawlik wurde 1992 in Wostok geboren und kam als Spätaussiedlerin 1998 mit ihrer Familie nach Deutschland. Sie wuchs in Bad Nauheim auf und machte ihr Fachabitur an der Johann-Philipp-Reis-Schule in Friedberg. Es folgte ein Bachelor-Studium der Geschichts- und Kulturwissenschaften sowie ein Masterstudium in Gesellschaft und Kulturen der Moderne an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Für die Wetterau war sie als Kreisschulsprecherin in der Schülervertretung aktiv. Ihre politische Heimat fand sie bei der SPD. Neben ihrem Studium begann Pawlik im Büro des Europaabgeordneten Udo Bullmann zu arbeiten. 2016 wurde sie in den Wetterauer Kreistag gewählt. Dort arbeitete sie in den Bereichen Jugend, Soziales, Familie und Gesundheit.

Seit dem 26. September 2021 vertritt sie als gewählte Bundestagsabgeordnete den Wahlkreis 176 (Wetterau 1). Am 6. Mai 2025 wurde Natalie Pawlik zur Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie zur Beauftragten für Antirassismus ernannt. Sie ist Staatsministerin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Bärbel Bas (SPD). Darüber hinaus ist sie Mitglied der Parlamentariergruppe der überparteilichen Europa-Union Deutschland, die sich für ein föderales Europa und den europäischen Einigungsprozess einsetzt.



Gastwerk Waldfrieden

Zu Gast war der Arbeitskreis Unternehmerinnen im „Gastwerk Waldfrieden“, das von drei Schwestern betrieben wird. „Jeder kann machen, was er will. Wenn das unter Geschwistern nicht funktioniert, wie denn sonst“, sagt Vanessa Neumann. Gemeinsam mit ihren beiden Schwestern Daniela Neumann und Carina Keller hat sie Anfang 2023 am Hangelstein in Gießen-Wieseck die ehemalige Gaststätte „Waldfrieden“ übernommen. Um sich ihrem neuen Projekt widmen zu können, haben alle drei ihre bisherigen Tätigkeiten aufgegeben und ihre speziellen Interessen einfließen lassen: Während sich Vanessa im „Genusswerk“ um das leibliche Wohl der Gäste kümmert, ist Daniela im „Erholungswerk“, einem B&B mit sechs individuell eingerichteten Zimmern, für Übernachtungsgäste da. Im „Tatwerk“ bietet Carina Keller Interessierten die Möglichkeit, bei einer selbstgewählten aktiven Betätigung, beispielsweise einem Handwerk, zu entspannen. „Wir haben einen starken familiären Zusammenhalt und unterstützen uns gegenseitig“, erklären die Schwestern. Auch die Eltern und eine Nichte sind mit ins „Gastwerk Waldfrieden“ eingebunden.

HESSISCHER GRÜNDERPREIS 2026

Aufmerksamkeit zu gewinnen

Bis Mitte Mai können sich Unternehmen um den Hessischen Gründerpreis bewerben, der seit 2003 verliehen wird. Zu gewinnen gibt es große öffentliche Aufmerksamkeit, exklusive Netzwerkkontakte, hochwertige Expertentrainings und Workshops sowie ein professionelles Unternehmensvideo.

AUS DER KIZ SINNOVA GESELLSCHAFT FÜR SOZIALE INNOVATIONEN GGMBH

Dem Hessischen Gründerpreis (HGP) geht es um das Sichtbarmachen und die Vernetzung von jungen Unternehmen mit dem Gründungs- und Nachfolge-Ökosystem. Denn: „Ein starkes Land braucht starke Gründerinnen und Gründer und mutige Nachfolgerinnen und Nachfolger. Sie schaffen und sichern Arbeitsplätze und Wertschöpfung und sie beleben den Wirtschaftsstandort mit frischen Ideen. In Hessen haben wir eine aktive Gründerszene und ich freue mich sehr auf die vielfältigen Bewerbungen für den Hessischen Gründerpreis 2026“, erklärte der Hessische Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori anlässlich des diesjährigen Bewerbungsauftritts. Der Minister ist Schirmherr des Preises.

Netzwerk stärken, Sichtbarkeit schaffen

Elisabeth Neumann, Projektleiterin Hessischer Gründerpreis (HGP) bei der Kiz Sinnova gGmbH, berichtet: „Der Hessische Gründerpreis ist ein lebendiges, hochwertiges Netzwerk und bietet jungen hessischen Unternehmen sehr viel praktische Unterstützung. Durch das breite Spektrum der HGP-Partner werden den Bewerberinnen und Bewerbern Türen geöffnet, neue Kontakte, Zugang zu Expertise und Kooperationen ermöglicht. Das wäre nicht möglich ohne die aktiven Botschafterin-



nen und Botschafter, die den Preis in ihren Regionen beziehungsweise Branchen unterstützen und somit wichtige Partner im hessischen Gründungs- und Nachfolge-Ökosystems sind. Mit ihrer Hilfe wird der HGP sich in einer Roadshow zwischen Mitte Februar und Ende April in Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Wiesbaden, Kassel, Rüsselsheim und Offenbach vorstellen, aber auch in den Regionen Main-Kinzig, Mittelhessen, Waldeck-Frankenberg.“

Zum Paket, dass der HGP teilnehmenden Unternehmen bietet, gehören hochwertige Trainings, viel Reichweite und öffentliche Aufmerksamkeit via Social Media, Zeitungen und Zeitschriften sowie TV und Radio oder auch ein professionelles Unternehmensvideo für die Teilnehmer der letzten Wettbewerbsrunde. „Und natürlich der große Finaltag am 6. November mit Finalisten-Messe, GründerLab und der Preisverleihung mit unserem Schirmherrn, dem Hessischen Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori, im Rahmen einer festlichen Abendgala. Auch gibt es die Chance auf eine Nominierung zum Deutschen Gründerpreis“, so Neumann weiter.

Bewerbungsfrist läuft

Bewerben um den Preis können sich ab sofort bis zum 10. Mai 2026 junge Unternehmen, die bereits aktiv am Markt agieren (maximal fünf Jahre), sowie Traditionsbetriebe, die sich im Rahmen einer Nachfolgelösung neu für die Zukunft aufgestellt haben. Gründer, Nachfolger, Unternehmen und Studierende können ihre Geschäftsmodelle vorstellen und bewerben.

Dem Hessischen Gründerpreis geht es um das Sichtbarmachen und die Vernetzung von jungen Unternehmen mit dem Ökosystem, er ist kein Wettbewerb für reine Businesspläne; die Unternehmen haben in der Regel bereits reales Geschäft. Für Projekte von Hochschulen oder einem Hochschul-Team, die marktreif sind, aber noch nicht gegründet haben oder noch in Gründung sind, gibt es eine eigene Kategorie. „Grundsätzlich entscheidet über das Vorankommen im Wettbewerb nicht ausschließlich der wirtschaftliche Erfolg, sondern



Ein starkes Land braucht starke Gründerinnen und Gründer und mutige Nachfolgerinnen und Nachfolger.“

Kaweh Mansoori, Hessischer Wirtschaftsminister und Schirmherr des HGP

das Potenzial, das Vorhaben in ein valides Businessmodell zu bringen“, so Neumann.

Vier Kategorien, je zwölf Kandidaten

Im ersten Schritt reicht das Ausfüllen des Bewerbungsformulars. Mit diesen Informationen wählt eine Jury in den vier Kategorien „Innovative Geschäftsidee“, „Zukunftsfähige Nachfolge“, „Gesellschaftliche Wirkung“ sowie „Gründung aus der Hochschule“ die jeweils zwölf überzeugendsten Unternehmen für das Halbfinale aus. Diese 48 Halbfinalistinnen und Halbfinalisten pitchten vor einer großen Jury und drei pro Kategorie ziehen ins Finale ein. Die zwölf Finalisten treten dann tagsüber bei der Fachtagung der Multiplikatoren der Hessischen Gründungsszene am 6. November in Offenbach gegeneinander an. Am Abend werden die Preisträger und Preisträgerinnen im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung ausgezeichnet. Seit 2020 ergänzt ein Online-Voting das Finale, an dem seither über 20.000 Menschen teilgenommen haben.

Der Hessische Gründerpreis verteilt keine Geldpreise. Zu gewinnen gibt es große öffentliche Auf-



merksamkeit, exklusive Netzwerkkontakte, hochwertige Expertentrainings und Workshops sowie ein professionelles Unternehmensvideo. „Zudem sind wir vorschlagsberechtigt für den Deutschen Gründerpreis, bei dem Unternehmen aus unserem Wettbewerb in den vergangenen Jahren beachtliche Erfolge verzeichnen konnten“, ergänzt Neumann. Zu den vielfältigen Netzwerken, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen beim Hessischen Gründerpreis erwarten, gehören auch ein aktives Alumni-Netzwerk und eine Roadshow durch ganz Hessen. Jedes Jahr dokumentiert der Preis auch die hohe Bedeutung, die Start-ups bei der Schaffung von Arbeitsplätzen haben. ■

> hessischer-gruenderpreis.de



Michael Mutz
06031/609-2515
michael.mutz@giessen-friedberg.ihk.de

ANZEIGE

IHR GEBÄUEDIENTSTLEISTER WIR REINIGEN MITTELHESSEN



MOELLER

GEBÄUEDIENTSTE

MEISTERBETRIEB SEIT 2002

- Gebäudereinigung
- Glasreinigung
- Industriereinigung
- Außenanlagenpflege

Wir sind für Sie da im Großraum
Gießen, Wetzlar, Marburg, Haiger,
Herborn, Dillenburg, Butzbach, Friedberg

Moeller Gebäudedienste GmbH • Ernst-Leitz-Straße 1-3 • 35394 Gießen

Fon 0641-96610900 • info@moeller-gebaeuedienste.de • www.moeller-gebaeuedienste.de

Digitalisierung in Deutschland 2026

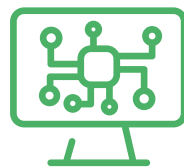
Deutschlands Unternehmen sind digital besser aufgestellt, als viele denken. Doch ohne bessere politische und administrative Rahmenbedingungen droht der digitale Fortschritt zu stagnieren, wie die DIHK-Digitalisierungsumfrage 2026 zeigt.

VON FRANK IRMSCHER

Ihre aktuelle Digitalisierungsumfrage hat die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) mit dem Titel „Künstliche Intelligenz, Souveränität und Resilienz“ überschrieben. Befragt wurden dafür knapp 5.000 Unternehmen. Die Ergebnisse zeigen: Viele Unternehmen in Deutschland sind digital ordentlich aufgestellt. Prozesse funktionieren, IT-Systeme sind stabil, Daten werden zunehmend strukturiert genutzt. Doch gleichzeitig wird klar: Ohne bessere politische und administrative Rahmenbedingungen droht der digitale Fortschritt zu stagnieren – gerade für kleine und mittlere Unternehmen.

Solide Basis, aber ohne Aufholjagd

Die Digitalisierung hilft den Unternehmen vor allem dabei, Kosten zu senken (65 Prozent der Befragten), die Qualität von Produkten und Dienstleistungen zu verbessern (64 Prozent) sowie flexibler zu arbeiten (63 Prozent) – gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Doch trotz dieser



soliden Basis kommt kaum zusätzliche Dynamik auf. Die Unternehmen halten Schritt, machen aber keinen großen Sprung nach vorne. Für echte Fortschritte braucht es neben betrieblichem Engagement vor allem klare Regeln, weniger Bürokratie und bessere Rahmenbedingungen – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.

KI wird zum Wettbewerbsfaktor

Die Umfrage zeigt auch: Künstliche Intelligenz (KI) ist im Unternehmensalltag angekommen und entwickelt sich zunehmend zu einem wichtigen Wettbewerbs-

faktor (siehe Grafik unten). Besonders häufig wird KI bereits heute eingesetzt für Texte, Bilder und Code (78 Prozent), für personalisierte Kundenansprache und Support (43 Prozent) sowie für Qualitätssicherung und Prozessüberwachung (38 Prozent).

Unternehmen, die KI nutzen, berichten deutlich häufiger von Produktivitätsgewinnen. Besonders stark zeigen sich diese Effekte in informations- und datenintensiven Branchen, während Industrie und Handel zunehmend aufholen.

Unsichere Rahmenbedingungen bremsen

Gleichzeitig stoßen viele Unternehmen bei der weiteren Nutzung von KI auf erhebliche Hürden: rechtliche Unsicherheiten bei KI und Datennutzung, fehlende Standards und offene Schnittstellen sowie hohe bürokratische Anforderungen.

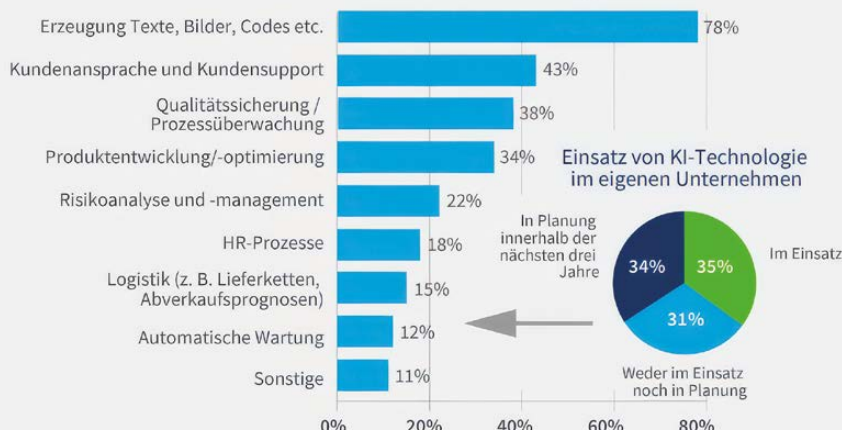
Gerade kleinen und mittleren Unternehmen fehlt häufig die notwendige Sicherheit, was erlaubt ist und was nicht. Diese Unsicherheiten bremsen Investitionen und erschweren die Ausschöpfung der vorhandenen Innovations- und Produktivitätspotenziale.

Infrastruktur und Verwaltung: Zwei Baustellen

Der Ausbau schneller Netze kommt voran: Rund 60 Prozent der Unternehmen verfügen bereits über einen Gigabit-Anschluss. Doch hohe Baukosten und langsame Genehmigungsverfahren bremsen den weiteren Ausbau. Den Stand ihrer eigenen Digitalisierung bewerten die Unternehmen mit 2,8 auf einer Skala von 1 = sehr gut bis 6 = ungenügend.

Kritischer sehen die Unternehmen dagegen die digitale Leistungsfähigkeit der Verwaltung: Note 4-. Das reicht gerade so, wird aber zunehmend zum Standortnachteil.

KI in unterschiedlicher Form im Alltag der Unternehmen



Cybersicherheit: Prävention gut, Krisenfestigkeit ausbaufähig

Die Bedrohungslage bleibt hoch. Viele Unternehmen investieren in Schutzmaßnahmen wie Backups oder Updates. Doch Notfallübungen und echte Krisenvorsorge fehlen – vor allem bei kleineren Betrieben.

Fast jedes zweite Unternehmen fühlt sich bei Hardware, Betriebssystemen oder Cloud-Lösungen stark von Nicht-EU-Anbietern abhängig. Der Ruf nach offenen Standards, Open-Source-Lösungen, digitaler Bildung sowie weniger Bürokratie wird immer lauter (siehe Grafik rechts).

Hessen im Bundesvergleich

Die Ergebnisse der Digitalisierungsumfrage für Hessen bestätigen in zentralen Punkten die bundesweiten Trends der DIHK-Digitalisierungsumfrage. Hessische Unternehmen bewerten ihren Digitalisierungsgrad überwiegend als solide und liegen damit im Bundesdurchschnitt. Die digitale Basis ist vorhanden, größere Aufholbewegungen bleiben jedoch – wie auch auf Bundesebene – aus.

Auch beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz zeigt sich ein ähnliches Bild: KI-Anwendungen gewinnen an Bedeutung, werden jedoch vor allem in standortnahen Einsatzfeldern genutzt. Produktivitätspotenziale werden erkannt, gleichzeitig agieren viele Unternehmen – insbesondere KMU – noch zurückhaltend.

Als größte Hemmnisse nennen hessische Unternehmen wie im Bund vor allem rechtliche Unsicherheiten, bürokratische Anforderungen sowie fehlende Standards und Schnittstellen. Die größten Bremsfaktoren liegen damit weniger in den Unternehmen selbst als in den äußeren Rahmenbedingungen. Insgesamt bewegt sich Hessen digital auf Augenhöhe mit dem Bund, ohne klare Vorreiter- oder Nachzüglerrolle.

Was die Wirtschaft jetzt braucht

Um die digitale Transformation erfolgreich voranzubringen, formulieren die Unternehmen klare Erwartungen an Politik und Verwaltung:

→ Verlässliche und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen: Klare, rechtssichere und praxistaugliche Regelungen – insbesondere für den Einsatz von KI und die Nutzung von Daten – sind Voraussetzung, um Investitionen zu ermöglichen und bürokratische Hürden abzubauen.

Wege zur digitalen Souveränität: Die Prioritäten der Wirtschaft

Unterstützung gemeinsamer offener Schnittstellen & Standards	48%
Mehr Angebote zur Kompetenzvermittlung an Schulen, Universitäten und staatlichen Bildungseinrichtungen	43%
Förderung Open Source-Lösungen	41%
Förderung Schlüsseltechnologien und Sprunginnovationen	39%
Forcierung des Ausbaus von Rechenzentrumskapazitäten und notwendiger Infrastruktur	37%
Verbesserung von Technologietransfer, Forschungseinrichtungen und Unternehmen	30%
Öffentliche Hand als Ankerkunde (Deutschland-Stack, Vergaberecht)	16%



Politische Maßnahmen, um digitale und technologische Souveränität zu verbessern

Quelle: DIHK

titionen zu ermöglichen und bürokratische Hürden abzubauen.

→ Weniger Bürokratie, mehr Handlungsspielraum: Doppelregulierungen und komplexe Genehmigungsverfahren bremsen digitale Projekte. Unternehmen brauchen einfache, konsistente und digital umsetzbare Vorgaben auf allen Ebenen.

→ Schnellerer Ausbau digitaler Infrastrukturen: Der Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen muss beschleunigt werden. Digitale Genehmigungsverfahren und effizientere Verwaltungsprozesse sind dafür entscheidend.

→ Eine konsequent digitale, nutzerorientierte Verwaltung: Unternehmen erwarten durchgängig digitale Verfahren, klare Zuständigkeiten und ein plattformbasiertes Verwaltungssystem, das effizient arbeitet und Innovation ermöglicht.

→ Stärkung der digitalen Souveränität: Offene Schnittstellen und Standards, die Förderung von Open-Source-Lösungen sowie Investitionen in digitale Kompetenzen, Rechenzentren und Schlüsseltechnologien sind zentrale Bausteine für mehr Unabhängigkeit.

→ Cybersicherheit als Gemeinschaftsaufgabe: Notwendig sind passgenaue Unterstützungsangebote, mehr Austausch zwischen Staat und Wirtschaft sowie ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess zur Stärkung der digitalen Resilienz – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.

Alle Ergebnisse der DIHK-Digitalisierungsumfrage:



IHK Hessen innovativ

Als Service-Einrichtung der Industrie- und Handelskammern in Hessen unterstützt IHK Hessen innovativ Fach- und Führungskräfte bei der Umsetzung von Innovationen und neuen Geschäftsideen. Das Team bietet Beratung, fundiertes Know-how, starke Netzwerke und Weiterbildungsmöglichkeiten rund um die Zukunftsthemen von Unternehmen. Innovationsberater bei der IHK Gießen-Friedberg ist Janis Milde.



Janis Milde
06031/609-2520
janis.milde@giessen-friedberg.ihk.de





Die dritte und die vierte Generation des Familienunternehmens (v.l.): Anne Kathrin, Christoph, Franziska, Gaby und Gerhold Häuser

100 JAHRE AUTO-HÄUSER

Tradition bewahren, Fortschritt gestalten

Wenn ein Unternehmen auf ein ganzes Jahrhundert zurückblicken kann, zeugt das nicht nur von wirtschaftlichem Erfolg, sondern vor allem von Innovationsgeist. Auto-Häuser in Pohlheim feiert in diesem Jahr sein 100-jähriges Bestehen und steht damit exemplarisch für die Entwicklung des deutschen Mittelstands im automobilen Zeitalter.

VON PETRA A. ZIELINSKI

Vor 100 Jahren, in einer Zeit in der das Automobil noch als Luxusgut galt und kaum mehr als 120.000 Exemplare über deutsche Straßen rollten, wurde das heutige Autohaus Häuser in Pohlheim gegründet. Am 1. April 1926 ließ Karl Häuser sein Ein-Mann-Unternehmen in die Handwerksrolle eintragen. Als eines von fünf Kindern, dessen Eltern das noch heute bestehende Gasthaus Krone in Pohlheim betrieben, war er auf der Suche nach einer neuen Herausforderung. Schon immer technisch interessiert, nutzte er eine ehemalige Hofreite in der Gießener Straße 59

in Pohlheim, um dort Fahrräder, Motorräder und Nähmaschinen zu verkaufen und zu reparieren. Unterstützt wurde er dabei von seiner Frau Marie. 1936 kam eine noch von Hand betriebene Tankstelle dazu.

Markenerweiterung und Mitarbeiterzuwachs

1958 erfolgte ein Umzug in die Gießener Straße 9 – den heutigen Stammsitz des Unternehmens. Der Reparaturbereich wurde erweitert, eine erste Waschkabine gebaut. Doch auch dort wurde der Platz langsam zu knapp, sodass Karl und Marie Häuser Nachbargrundstücke erwarben.

„Im Zuge einer zunehmenden Motorisierung kamen immer mehr Autos auf den Markt“, erzählt Gerhold Häuser, Enkel der Firmengründer, „und meine Großeltern haben mit den Marken DKW, Auto Union, Ford und NSU begonnen, die ersten Modelle zu verkaufen.“ 1974 wurde das Autohaus Partner der Volkswagen-Gruppe (VAG).

Mit Gerda Häuser trat 1970 die älteste der beiden Töchter in die Fußstapfen der Eltern. Sie heiratete mit Reinhold Häuser nicht nur einen Mann mit dem gleichen Nachnamen, sondern auch einen Kfz-Mechaniker. Zusammen lenkten die beiden 25 Jahre die Geschicke des Familien-

unternehmens, erweiterten es um einen Karosseriebetrieb und eine Lackiererei. Bereits 1981 stieg ihr Sohn Gerhold, der als Kfz-Mechaniker und Diplom-Ingenieur den Beruf von der Pike auf gelernt hatte, zusammen mit seiner Frau Gaby in die Firma ein. Die ausgebildete Arzthelferin belegte unter anderem einen Kurs in Buchführung bei der IHK Gießen-Friedberg, um ihren Mann in der Geschäftsführung zu unterstützen. Unter der Regie von Gaby und Gerhold Häuser wurde am 1. April 2000 ein Gebrauchtwagenpark in der Gießener Straße 122-124 eröffnet. Acht Jahre später erfolgte ein Neubau für die Seat-Modelle inklusiv Ausstellungsraum und Waschanlagen.

Mit Aufnahme der zum Stellantis-Konzern gehörenden Marken Alfa Romeo, Jeep, Fiat, Fiat Professional und Abarth erschloss sich das Autohaus ein weiteres Segment. Hierfür wurde in der Rudolf-Diesel-Straße 18 in Pohlheim ein neuer Standort errichtet. „Als wir das Unternehmen übernommen haben, waren 45 Mitarbeiter bei uns beschäftigt, heute sind es 130“, unterstreicht Gerhold Häuser.

Übergabe in Krisenzeiten

Seit dem 1. Januar 2020 liegen die Geschicke des Unternehmens in den Händen ihrer Kinder Anne Kathrin und Christoph Häuser. Während die Diplom-Betriebswirtin FH Anne Kathrin vor ihrem Studium



Ein Foto aus dem Jahr 1926 zeigt, wie vor 100 Jahren alles begann.



eine Ausbildung zur Kauffrau für Marketingkommunikation absolvierte, ist ihr Bruder ausgebildeter Kfz-Mechaniker und machte nach seinem BWL-Studium den Master in Unternehmensführung. „Drei Monate nachdem wir als Gesellschafter in das Unternehmen eingestiegen sind, ist Corona ausgebrochen“, erinnert sich Christoph Häuser an die aufregenden Anfänge. „Unsere größte Sorge war, was mit unserem großen Fahrzeugangebot passiert. Da die Werkstatt als systemrelevant eingestuft wurde, konnten unsere damals 115 Mitarbeiter weiterarbeiten.“ Die Bestandsfahrzeuge wurden zu stabilen Preisen verkauft, da die Autoproduktion Corona-bedingt zum Erliegen gekommen war.

Stabil aufgestellt durch breite Angebotspalette

Corona war nicht die einzige Krise, die das Familienunternehmen in den 100 Jahren seines Bestehens zu bewältigen hatte. Auch die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges sowie von Öl- und Finanzkrisen wurden erfolgreich überstanden. Heute stellt sich Auto-Häuser aktiv den Herausforderungen einer sich rasant verändernden Mobilitätswelt. Technologische Entwicklungen, neue Antriebskonzepte, die Digitalisierung und veränderte Kundenbedürfnisse verlangen nach Anpassungsfähigkeit und Investitionsbereitschaft. „Mit unserer breiten Angebotspalette sind wir stabil aufgestellt“, betont Christoph



Lenken in vierter Generation die Geschicke von Auto-Häuser: Anne Kathrin und ihr Bruder Christoph Häuser.

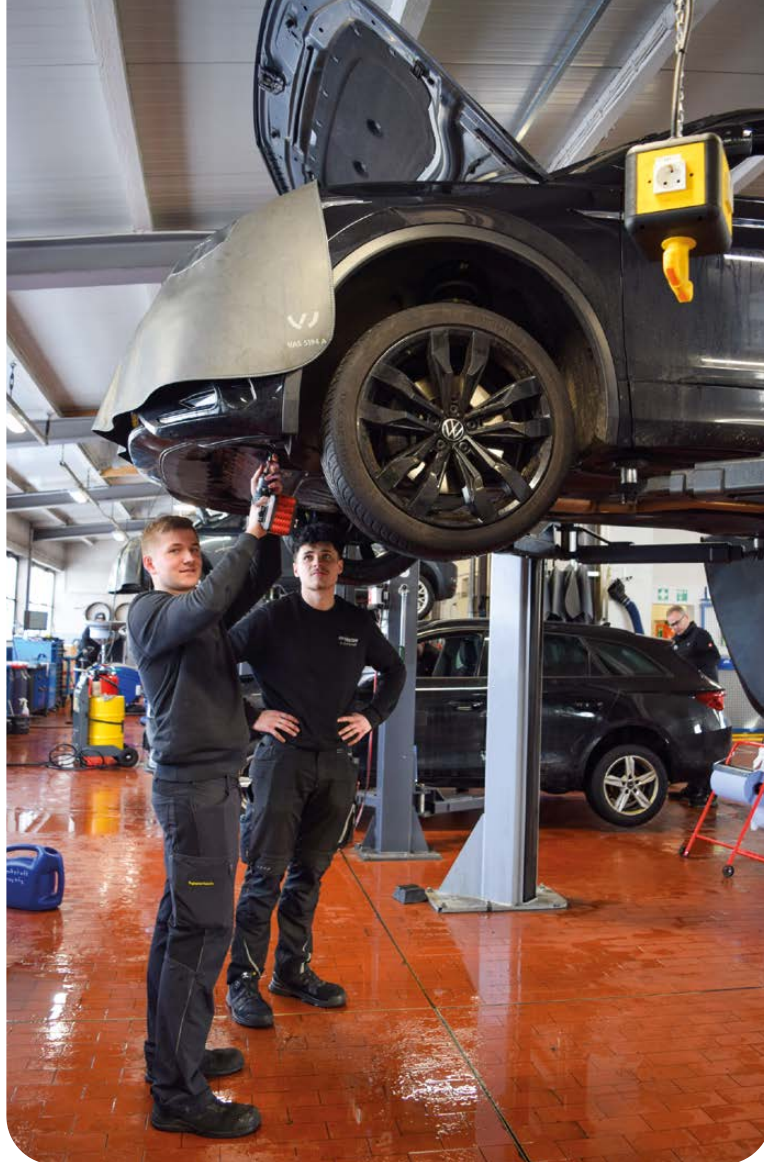
Häuser. „Wir arbeiten ständig an der Weiterentwicklung der Marken.“ Darüber hinaus verfüge der Familienbetrieb in vierter Generation über ein gutes und gefestigtes Mitarbeiterteam, ergänzt Anne Kathrin Häuser. „Unsere Mitarbeiter stehen hinter unserem Familienunternehmen. Nicht wenige halten uns bereits seit mehr als 40 Jahren die Treue.“ Ebenso wie die Kunden, von denen nicht wenige seit Jahrzehnten ihre Fahrzeuge bei Auto-Häuser kaufen oder dessen Service in Anspruch nehmen.

Fahrschulen unter den Kunden

Zu den Kunden zählen unter anderem auch Fahrschulen, für die das Autohaus stets Ersatzfahrzeuge bereitstellt. Mit seinem Small-Fleet-Business-Center für die Stellantis-Marken sowie einem Leistungszentrum des VW-Konzerns ist das Unternehmen auf das Großkundensegment eingestellt. Auto-Häuser war auch beim Thema Elektromobilität früh dabei. „Bereits 2012 haben wir die ersten Elektrotechniker eingestellt und als Erste im Kreis den entsprechenden Service für VW übernommen“, hebt Gerhold Häuser hervor.

Aktuell geht der Unternehmer davon aus, dass die neue, sozial gestaffelte För-

Blick in die moderne Werkstatt von Auto-Häuser



➤ Ausbildung wird bei Auto-Häuser großgeschrieben, hier Markus Zimmermann (r.), Ausbilder für Kfz-Mechatroniker, mit Julian Haas, Azubi im ersten Ausbildungsjahr.

derung für E-Autos durch die Bundesregierung dem zuletzt etwas zum Stillstand gekommenen Segment neue Impulse verleiht.

Aus- und Weiterbildung im Fokus

Ein entscheidender Erfolgsfaktor liegt im Umgang mit den Mitarbeitern: „Ausbildung, kontinuierliche Weiterbildung und Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Team haben dazu beigetragen, das Know-how im Unternehmen zu halten“,

Auto-Häuser bildet folgende Berufe aus:

- Automobilkaufleute
- Kaufleute für Büromanagement
- Kfz-Mechatroniker/-in
- Fahrzeuglackierer/-in
- Fachkräfte für Lagerlogistik
- Karosseriebauer/-in



< Gerda Häuser (l.), die das Unternehmen 1970 gemeinsam mit ihrem Mann Reinhold (r.) übernahm, hat schon früh mitangepackt.

akzentuiert Christoph Häuser. Aktuell zählt das Unternehmen 24 Auszubildende in sechs Berufen. „In der Werkstatt haben wir eine Übernahmequote von 75 Prozent“, erklärt er. Derzeit werden auch bei Auto-Häuser für das im August beginnende Ausbildungsjahr noch qualifizierte Nachwuchskräfte gesucht, wie seine Frau Franziska Häuser betont, die als Betriebswirtin für das Marketing im Unternehmen verantwortlich zeichnet: „Um junge Menschen zu gewinnen, nehmen wir an Messen teil, besuchen Schulen und sind in den sozialen Medien aktiv.“

Betreuung innerhalb der Familie

Ein wichtiger Aspekt ist auch der familiäre Zusammenhalt: Wenn die Eltern im Unternehmen aktiv sind, kümmern sich die Großeltern um die vier Enkel. „Für mich stand immer fest, dass ich Vollzeit-Oma werde, wenn die Kinder bereit sind, das

Unternehmen zu übernehmen“, sagt Gaby Häuser. „Bei uns packt jeder mit an – vom Schnee schippen bis hin zur Vertretung bei einem Termin.“ Auch Urgroßmutter Gerda schaut mit ihren 92 Jahren gerne noch vorbei. „Jeder ist ein Stück weit für alles verantwortlich. Die Basis hierfür ist gegenseitiges Vertrauen“, akzentuiert Anne Kathrin Häuser. Weder für sie noch für ihren Bruder sei jemals ein anderer Beruf

infrage gekommen. „Über Autos wird immer gesprochen“, merkt Christoph Häuser an und blickt für das eigene Familienunternehmen optimistisch in die Zukunft.

Kirmes zum Jubiläum

Unter dem Motto „Auto-Häuser Kirmes“ feiert das Unternehmen vom 12. bis 14. Juni 2026 offiziell sein 100-jähriges Bestehen. ■



> Gaby und Gerhold Häuser sind stolz auf ihren VW Karmann Ghia aus dem Jahr 1972.

Reinigungstechnik



Beratung, Verkauf und Service



Rein + Wittkowski OHG: Ihr Kärcher Center in Laubach.

KÄRCHER

makes a difference

Kärcher Center R+W
Philipp-Reis-Str. 29 · 35321 Laubach

Tel. 06405-5010460
Fax 06405-5010461

E-Mail info@kaerchercenter-rw.de
www.kaerchercenter-rw.de

Buchhaltung

...und nachts den Bürokram?

Renate Fritz

Bilanzbuchhalterin (IHK)
Betriebswirtin (VWA)

Zahlenwerkstatt

Mit uns können Sie rechnen!



bietet Support in Finanz-, Personal- und Rechnungswesen im Rahmen des § 6 StBerG - nicht nur für kleinere Betriebe - vor Ort oder in meinem Büro.

Am Weinberg 13 · 63654 Büdingen · Tel. 06041-9601199
Mobil 0163-8235147 · renate.fritz@zahlenwerkstatt.de

Papier und Büromaterial

PAPIER HOLLER GmbH

Hermes/GLS-Paketshop
Papier- und Bürobedarf

Bismarckstr. 31 · 61169 Friedberg · Tel. (06031) 5367 · Fax (06031) 91574
Internet: www.papier-holler.de

Dienstleistungen

Energiekonzepte Müller GmbH

Beratungsgesellschaft für Energieeffizienz



Energieberatung vom Experten:

- Geförderte Energieberatung für Wohn- und Gewerbeimmobilien (Hotels, Bürogebäude, Handel, Industrieunternehmen etc.)
- Geförderte Energieaudits (DIN 16247-1) für kleine und mittlere Unternehmen
- Energiekostenoptimierung durch Verbrauchsanalyse
- Fördermittelberatung bei Sanierungsvorhaben (Dachdämmung, Fassadendämmung, Fenstertausch)
- Beratung zum Heizungstausch

Fon: 0641/49900097
kai.mueller-eee@gmx.de
www.BGFEE.de

Dipl.-Ing. (FH) **Kai Müller**
Eichendorffring 39
35394 Gießen

MARKTPLATZ

Business to Business für die Region des Wirtschaftsmagazins der IHK Gießen-Friedberg

Ihr direkter Kontakt zum Marktplatz: ☎ 0641/3003-101, - 214, - 223, anzeigenverkauf@mdv-online.de

Anzeigenannahmeschluss Ausgabe April 2026: **10. März 2026**

Dienstleistungen


Prüfservice



Rechtlich sicher! Praktisch stark!

-  Leitern und Tritte
-  Steigleitern
-  Regalanlagen
-  Viele weitere Arbeitsmittel

Jetzt Prüfung anfordern




KRAUSE-Work GmbH & Co. KG
 36304 Alsfeld

pruefservice@krause-systems.de
 Tel.: 0 66 31 / 795-344

Arbeitskleidung



Helmershäuser Str. 28
63674 Altenstadt
Tel. 0 60 47 - 6 81 61
ÖZ: Mo.-Fr.: 8 - 17 h

Bitte aktuellen Katalog anfordern!

www.lovatex.de

WORKWEAR | OUTDOOR-KLEIDUNG | BERUFSSCHUHE | ARBEITSSCHUTZ u.v.m.



ANZEIGE

MARKTPLATZ

Business to Business für die Region des Wirtschaftsmagazins der IHK Gießen-Friedberg

Ihr direkter Kontakt zum Marktplatz: ☎ 0641/3003-101, - 214, - 223, anzeigenverkauf@mdv-online.de

Auf den Sonderseiten **MARKTPLATZ Business to Business** dauerhaft präsent sein zu einem günstigen Preis.

■ **Langfristige Werbung:** Die Laufzeit Ihrer Anzeige umfasst mindestens 6 Ausgaben

■ **Rubrikenkopf:** Ist kostenfrei und wird auf Wunsch neu angelegt

■ **Format:**

1/3 Seite	1/6 Seite	1/8 Seite	1/12Seite	1/16 Seite
185 x 84 mm quer	90 x 95 mm	90 x 62 mm	90 x 45 mm	90 x 30 mm

■ **11 Ausgaben*:**

Grundpreis:	383,53	237,65	217,65	176,47	167,06
Ortspreis:	326,00	202,00	185,00	150,00	142,00

■ **6 Ausgaben*:**

Grundpreis:	429,41	265,88	244,71	197,65	188,24
Ortspreis:	365,00	226,00	208,00	168,00	160,00

*je Ausgabe



WIRTSCHAFTSMAGAZIN

der IHK Gießen–Friedberg

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Gießen–Friedberg
Vertreten durch
Dr. Matthias Leder und Rainer Schwarz
Postfach 11 12 20, 35357 Gießen, Lonystraße 7, 35390 Gießen

Redaktion

Tobias Bunk, Chefredaktion (V.i.S.d.P.),
Telefon: 06031/609-1100
E-Mail: tobias.bunk@giessen-friedberg.ihk.de
Ann-Kathrin Oberst, Telefon: 06031/609-1105
E-Mail: ann-kathrin.oberst@giessen-friedberg.ihk.de
Gabriele Reinartz, Telefon: 06031/609-1125
E-Mail: reinartz@giessen-friedberg.ihk.de
Petra A. Zielinski, Telefon: 06031/609-1920
E-Mail: petra.zielinski@giessen-friedberg.ihk.de
Internet: www.giessen-friedberg.ihk.de
Anzeigenpreisliste Nr. 4a gültig ab 01.06.2025

Verlag

Mittelhessische Druck & Verlagshaus GmbH & Co. KG,
Marburger Straße 20, 35390 Gießen

Anzeigenverkauf

Karin Hilscher (Verkaufsleitung)
Tel.: 0641/3003-101
Tel.: 0641/3003-214, -223
anzeigenverkauf@mdv-online.de

Anzeigenverantwortlich

Jens Trabus
anzeigenleitung@mdv-online.de

Layout

Satzstudio Scharf, 35638 Leun
www.satzstudio-scharf.de

Druck

Dierichs Druck + Media GmbH & Co. KG, 34121 Kassel

Das IHK-Wirtschaftsmagazin ist das offizielle Organ der Industrie- und Handelskammer Gießen–Friedberg. Der Bezug der IHK-Zeitschrift erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen Beitragspflicht als Mitglied der IHK. Fotomechanische Vervielfältigungen von Teilen dieser Zeitschrift sind nur für den innerbetrieblichen Gebrauch des Bezieher gestattet.

AUTOREN DIESER AUSGABE

Tobias Bunk | IHK Gießen–Friedberg
tobias.bunk@giessen-friedberg.ihk.de

Barbara Czernek | freie Autorin
presse@giessen-friedberg.ihk.de

Alexander Dern | DIHK
presse@giessen-friedberg.ihk.de

Samantha Fischer | IHK Gießen–Friedberg
samantha.fischer@giessen-friedberg.ihk.de

Frank Irmscher | IHK Hessen innovativ
presse@giessen-friedberg.ihk.de

Lorenz Kramer | DIHK
presse@giessen-friedberg.ihk.de

Selina Kipp | IHK Gießen–Friedberg
selina.kipp@giessen-friedberg.ihk.de

Ann-Kathrin Oberst | IHK Gießen–Friedberg
ann-kathrin.oberst@giessen-friedberg.ihk.de

Gabriele Reinartz | IHK Gießen–Friedberg
gabriele.reinartz@giessen-friedberg.ihk.de

Isabel Schad | IHK Gießen–Friedberg
isabel.schad@giessen-friedberg.ihk.de

Petra A. Zielinski | IHK Gießen–Friedberg
petra.zielinski@giessen-friedberg.ihk.de

THEMEN-VORSCHAU

Wirtschaft und Sicherheit

Resilienz-Check für Unternehmen

Wie der Übergang gelingt

Erfolgreiche Unternehmensnachfolge



DER NEUE NEWSLETTER

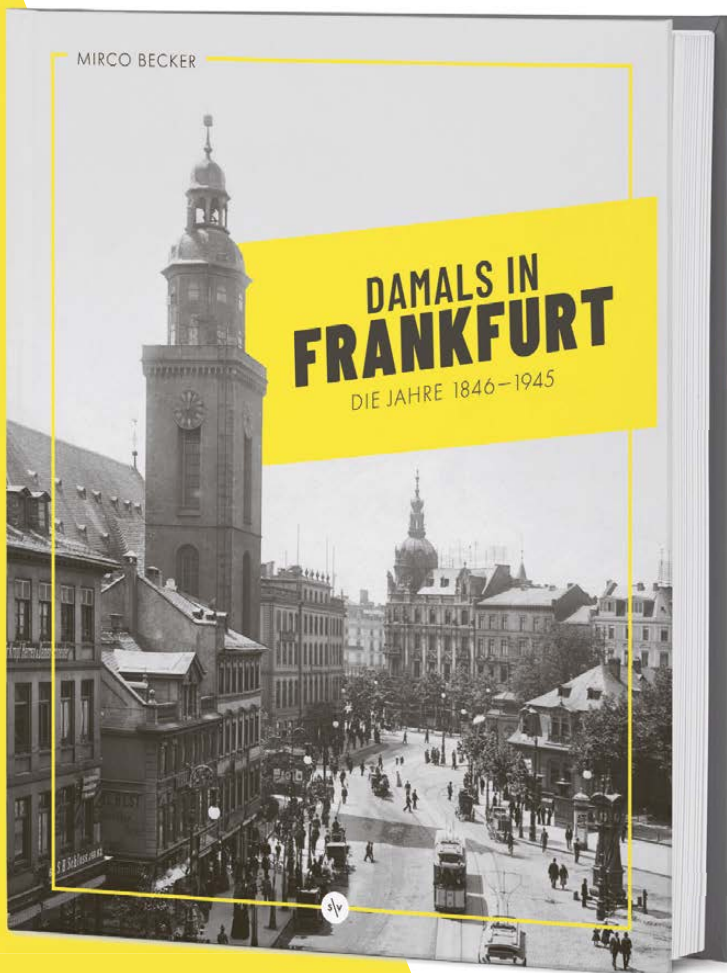
**Besser
informiert sein!**



**Folgen Sie
uns auch auf
LinkedIn!**



FÜR ALLE, DIE FRANKFURT LIEBEN.



»Beeindruckende
alte Fotografien.«

Anke Gordon, Museumsshop
Städel Museum



ISBN 978-3-95542-537-1 · 40,00 €



Mirco Becker live!
Alle Termine unter
societaets-verlag.de/veranstaltung



ISBN 978-3-95542-496-1
20,00 €



societäts\verlag

Jetzt im Handel oder unter
www.societaets-verlag.de

Informieren Sie Ihre Kunden mit
regionalen Nachrichten
und aktuellen Angeboten

Der
IPSTER



- **Freies und sicheres WLAN**
- **Interaktive Präsentation**
(inklusive Text, Foto oder Film)
- **Regionale Nachrichten**
- **Werbeinhalte**
(nutzen Sie das gesamte IPSTER-Netzwerk)
- **Mehrumsatz bis zu 18%**
- **Besucherstatistik**



Mittelhessische Druck- und
Verlagshaus GmbH & Co. KG,
Marburger Straße 20
35390 Gießen

Beratungstermin vereinbaren

Sarah Aßmann – Digitalvermarktung –

☎ 0641 3003-321

✉ sarah-denise.assmann@mdv-online.de